

Jahresbericht 2006 für das SGB II-Benchmarking der Optionskommunen





Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Grußwort des Deutschen Landkreistages	7
Kurzzusammenfassung	9
1. Einleitung	10
2. Rahmenbedingungen und Voraussetzungen des Benchmarkings	12
2.1 SGB II-Umsetzung in den Optionskommunen	12
2.1.1 Kernprozesse im Rahmen der SGB II-Umsetzung	13
2.1.2 Organisationsmodelle im Rahmen der SGB II-Umsetzung	14
2.1.3 Personelle Aufgabenwahrnehmung und funktionelle Differenzierung	14
2.1.4 Aufbauorganisation	16
2.2 Ziele des Benchmarkings	18
2.3 Zuschnitt der Vergleichsringe	19
2.4 Erläuterung des Kennzahlensets	20
2.4.1 Kennzahlen zur Aktivierung	21
2.4.2 Kennzahlen zur Wirtschaftlichkeit	22
3. Ergebnisse des Benchmarkings 2006	23
3.1 Bewertung der Datengenese und ihrer Qualität	23
3.2 Auswertung der Kennzahlen-Ergebnisse	23
4. Identifizierte gute Beispiele aus den Optionskommunen	30
4.1 Stadt Schweinfurt:	
Programm zur Arbeitsintegration durch Qualifizierung und Training für Arbeitsuchende „PAQT“	30

4.2 Landkreis St. Wendel:	
Die Jugendberufshilfe im Landkreis St. Wendel – Ein Netzwerk für benachteiligte junge Menschen	32
4.3 Main-Kinzig-Kreis:	
Sichtungs-/Clearingstellen zur Vorprüfung des Rechtsanspruchs auf Leistung	34
4.4 Landkreis Osterholz:	
Zusammenarbeit des Landkreises Osterholz mit einer überregionalen Gründerwerkstatt für Existenzgründungen	36
4.5 Landkreis Döbeln:	
Kombination einer Maßnahme nach der Mehraufwandsvariante mit dem Erwerb eines Führerscheins	37
5. Ausblick: Weiterentwicklung des Benchmarkings in 2007	39
6. Anhang	40



Vorwort

Mit der Einführung des Sozialgesetzbuchs II „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ (SGB II) zum 1. Januar 2005 wurden die beiden steuerfinanzierten Systeme der Sozialhilfe und der Arbeitslosenhilfe zusammengelegt. Damit hat die damalige Bundesregierung im Bereich der Sozialgesetzgebung nicht nur inhaltlich eine grundlegende Reform durchgeführt. Im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens wurde darüber hinaus durch eine Experimentierklausel eine völlig neue Form der organisatorischen Umsetzung entwickelt. So wurden die beiden maßgeblichen organisatorischen Konstrukte der Arbeitsgemeinschaften (ARGen) und der zugelassenen kommunalen Trägern (zkT) verabschiedet. In der überwiegenden Anzahl sollten die jeweiligen Kommunen, also Kreise bzw. kreisfreie Städte, mit den ortsansässigen Agenturen für Arbeit eine Arbeitsgemeinschaft bilden. In 19 Fällen kam es nicht zu einer Zusammenarbeit, sodass man in diesen Fällen von „getrennten Trägern“ spricht.

Nachdem sich die Bertelsmann Stiftung in der Vergangenheit in den unterschiedlichsten Projekten bereits inhaltlich mit den Fragen der Steuerung und Organisation der Arbeitsmarktpolitik sowie der Förderung beschäftigungsorientierter Sozialpolitik in Kommunen beschäftigt hat, und darüber hinaus methodisch bereits seit Jahren mit Hilfe von steuerungsrelevanten Kennzahlenvergleichen die Leistungsfähigkeit von Kommunen in ihren unterschiedlichen Handlungsfeldern verglichen hat, lag es nahe, die organisatorische Umsetzung des neu eingeführten SGB II ebenfalls zu begleiten.

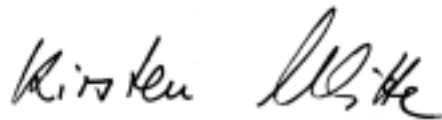
Im Zuge dessen wurde gemeinsam mit kommunalen Praktikern bereits im Herbst 2004 ein erstes Kennzahlenset erarbeitet, welches Anfang 2005 allen an der Umsetzung des SGB II beteiligten Organisationen, vorgestellt wurde. Im Sommer 2005 nahm der Deutsche Landkreistag die Initiative der Bertelsmann Stiftung auf, woraufhin das Benchmarking zwischen den Optionskommunen entstanden ist. In diesem Zusammenhang ist es wichtig festzustellen, dass dieses Projekt den zugelassenen kommunalen Trägern eine Hilfestellung bei der Weiterentwicklung ihrer neu gegründeten Organisationseinheiten und deren inhaltlich strategischer Ausrichtung geben sollte. Das Projekt hat den zugelassenen kommunalen Trägern die Möglichkeit gegeben, sich auf Basis eines einheitlichen Kennzahlenkatalogs inhaltlich auszutauschen, Unterschiede der Organisationen und ihrer strategischen Zielrichtung zu diskutieren und gegebenenfalls Anregungen für die Weiterentwicklung der eigenen Organisation mitzunehmen.

Weder ist ein Ranking anhand der im Anhang dargestellten Kennzahlen sinnvoll, noch ist dies statthaft. Das würde voraussetzen, dass die Kennzahlen Antworten geben. Doch geben sie den Betroffenen vor allem die Möglichkeit, die geeigneten Fragen zu stellen. Außerdem kann das Projekt nicht die Frage beantworten, ob die Organisationsform der zugelassenen kommunalen Träger oder die der Arbeitsgemeinschaften besser ist.

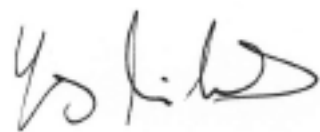
Die Bertelsmann Stiftung hat einen Beitrag leisten wollen, die organisatorische Umsetzung des neu konzipierten SGB II zu unterstützen. Gleichzeitig soll dieser Bericht einen ersten kursorischen Überblick darüber geben, was die zugelassenen kommunalen Träger in 2006 erarbeitet haben.

An dieser Stelle ist insbesondere allen Praktikern aus den zugelassenen kommunalen Trägern zu danken, die sich mit großem Engagement nicht nur an dem Projekt an sich, sondern insbesondere auch an der Fortentwicklung des Kennzahlensets beteiligt haben. Dank gilt auch dem Deutschen Landkreistag für seine Unterstützung, die es ermöglicht hat, dass alle 69 zugelassenen kommunalen Träger sich an dem Projekt aktiv beteiligt haben. Ein besonderer Dank geht an die Kollegen von Rambøll Management, die an der Erstellung dieses Berichts wesentlich mitgewirkt haben.

Wir hoffen, mit dieser Publikation auch Außenstehenden einen guten Überblick über die Projektarbeit in 2006 geben zu können. Nachdem die Bertelsmann Stiftung das Benchmarking erfolgreich implementiert hat, geht die Projektträgerschaft in 2007 planmäßig auf die zugelassenen kommunalen Träger und den Deutschen Landkreistag über. Wir wünschen den zugelassenen kommunalen Trägern weiterhin viel Erfolg.



Dr. Kirsten Witte
Leiterin Kompetenzzentrum Kommunen und Regionen



Yves Michels
Projektmanager



Grußwort des Deutschen Landkreistages

Der Deutsche Landkreistag ist der Spitzenverband von 323 Landkreisen in 13 Landesverbänden. In dieser Funktion ist er der kommunalen Aufgabenwahrnehmung im Rahmen der Umsetzung des Sozialgesetzbuchs II besonders verpflichtet. Bundesweit nehmen 69 so genannte Optionskommunen die Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitsuchende in alleiniger Trägerschaft wahr, ohne Beteiligung der Agenturen für Arbeit. Sie können dabei die kommunalen Stärken – bürger-nahe und umfassende Dienstleistung „aus einer Hand“ – besonders zur Geltung bringen.

Die Optionskommunen stehen nach § 6c SGB II hinsichtlich ihrer Modelle zur Eingliederung in Arbeit in einem Wettbewerb mit den Eingliederungsleistungen der Agenturen für Arbeit. In diesem Wettbewerb wollen sie eine qualitativ und quantitativ gute Leistung erbringen und sich als Trägermodell bewähren. Dafür leistet das Projekt „Benchmarking der Optionskommunen“ der Bertelsmann Stiftung eine gute Unterstützung und Hilfeleistung. Es bietet den Optionskommunen eine Plattform für den internen Austausch und die fachliche Weiterentwicklung und hat durch ein „Lernen vom Besten“ einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess für die Aufgabenwahrnehmung initiiert.

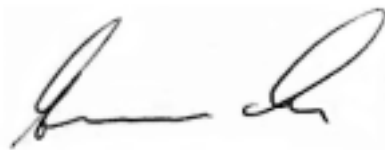
Das Projekt läuft seit Herbst 2005. Für das Jahr 2006 konnte das im Rahmen des Projekts entwickelte Kennzahlenset trotz vieler statistischer und technischer Herausforderungen fast vollständig gefüllt werden. Obwohl noch nicht alle Zahlen belastbar und valide sind, bietet dieses Zahlenset eine erste Grundlage für den internen Vergleich und den Austausch über unterschiedliche Strategien und Vorgehensweisen. Ein Vergleich mit Institutionen außerhalb des Benchmarkings, zum Beispiel mit den so genannten Arbeitsgemeinschaften (ARGen), ist nicht möglich und auch nicht beabsichtigt.

Nach Abschluss des ersten Projektjahres legt die Bertelsmann Stiftung einen Jahresbericht 2006 vor. Der Bericht zeigt mit unterschiedlichen Praxisbeispielen sehr deutlich, wie vielfältig, kreativ und bedarfsorientiert die Aufgabenträger vorgehen und ihre Maßnahmen zur Wiedereingliederung in Arbeit anlegen. Vor dem Hintergrund unterschiedlicher regionaler Ausgangssituationen werden jeweils regional verschiedene Eingliederungsstrategien entwickelt – von der intensiven Aktivierung in vielen ostdeutschen Regionen bis hin zur intensiven Vermittlungsarbeit in Regionen mit guter Arbeitsmarktlage.

Für das Engagement der Bertelsmann Stiftung für dieses Projekt, mit dem sie an vielfältige Aktivitäten der Vorjahre im Bereich der kommunalen Arbeitsmarktpolitik anknüpft, möchte ich mich sehr herzlich bedanken. Nachdem die Aufbauarbeit abgeschlossen ist, zieht sich die Bertelsmann Stiftung aus der Projektleitung zurück. Das Projekt wird in Zukunft in anderer Konstellation fortgesetzt und der Deutsche Landkreistag wird sich über die Unterstützung der Anfangszeit hinaus

auch aktiv in die Projektumsetzung einbringen. Durch thematische Schwerpunkte soll die fachliche Arbeit der nächsten Zeit strukturiert und weiterentwickelt werden.

Mein besonderer Dank gilt außerdem den 69 Optionskommunen, die sich alle ausnahmslos am Projekt beteiligt haben und die das Projekt fortsetzen wollen. Durch ihre konstruktive Mitarbeit wird das Projekt mit „Leben“ gefüllt, und durch gegenseitige Offenheit und Transparenz wird die Möglichkeit des Voneinanderlernens erst geschaffen. Ich wünsche den Projektbeteiligten weiterhin den Mut, sich dem interkommunalen Vergleich zu stellen und weiter an der Verbesserung der eigenen Strukturen und Prozesse zu arbeiten.

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized first name and a last name, written on a light background.

Prof. Dr. Henneke
Geschäftsführendes Präsidialmitglied



Kurzzusammenfassung

- Alle 69 Optionskommunen vergleichen sich in sieben Vergleichsringen seit 1.1.2006 anhand eines einheitlichen Kennzahlensets.
- Die erhobenen Kennzahlen bilden die Grundlage für ein strukturiertes „Voneinanderlernen“.
- Die Kennzahlen geben den Optionskommunen die Möglichkeit, die richtigen Fragen zu stellen; sie geben keineswegs bereits Antworten.
- Nach anfänglichen Schwierigkeiten verbesserte sich die Datengewinnung im Laufe des Jahres 2006 so deutlich, dass inzwischen überwiegend valide Vergleichswerte vorliegen. Insbesondere konnten im Laufe des Jahres viele EDV-Probleme sukzessive gelöst werden.
- Sowohl bezüglich der Aufbau- als auch der Ablauforganisation unterscheiden sich die Optionskommunen wesentlich. Diese Unterschiede machen den Vergleich der Arbeitsergebnisse aber gerade spannend.
- Wie zu erwarten war, spiegeln sich die arbeitsmarktstrukturellen Rahmenbedingungen in den Kennzahlen wider. Insbesondere die ostdeutschen Optionskommunen verzeichnen deshalb strukturell andere Ergebnisse als die Mehrheit der westdeutschen Optionskommunen.
- Erste Wirkungszusammenhänge können auf aggregierter Ebene festgestellt werden. Allerdings gilt es hier noch eine gewisse Vorsicht walten zu lassen, da diese Zusammenhänge auf Grundlage der Daten von 2007 nochmals überprüft werden sollten.
- Aufgrund der Bezugsbasis aller erwerbsfähigen Hilfebedürftigen fallen die Eingliederungsquoten, Aktivierungsquoten und Sanktionsquoten relativ niedrig aus, was aber der Vergleichbarkeit untereinander keinerlei Abbruch tut.
- In den Optionskommunen gehen rund 24 Prozent der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen einer Beschäftigung nach, deren Entgelt jedoch nicht ausreicht, den Hilfebezug zu beenden. Dieser Trend ist mit geringen Schwankungen flächendeckend festzustellen und beschränkt sich nicht auf strukturschwache Regionen.
- Die Optionskommunen werden sich auch 2007 einem Benchmarking unterziehen, wobei das Kennzahlenset nochmals überarbeitet wurde.

1. Einleitung

Dieser Zwischenbericht möchte einen Überblick über die Ergebnisse des Projekts „Benchmarking zwischen den Optionskommunen“ geben, die in 2006 erarbeitet wurden. Er soll sowohl die Systematik als auch die Philosophie des Projekts darstellen. Er soll aber auch, trotz aller Schwierigkeiten bei der Datenerhebung, einen Überblick über die Leistungen der Optionskommunen geben und aufzeigen, anhand welcher Kennzahlen die Kommunen ihren Bereich der Grundsicherung für Arbeitssuchende steuern wollen und können.

In Kapitel 2 wird dargestellt, welche Umsetzungsformen in den Optionskommunen grundsätzlich existieren. Es wird ein Überblick gegeben, wie unterschiedlich der organisatorische Aufbau in den unterschiedlichen Kommunen sein kann. Für das Projekt lag unter anderem in dieser Unterschiedlichkeit ein großer Vorteil: unterschiedliche Organisationen in ihrer Leistungsfähigkeit zu vergleichen ist wesentlich ergiebiger als gleich organisierte Kommunen. Allerdings ist damit auch klar, dass ein Vergleich im Sinne eines Rankings der Optionskommunen keinen Sinn macht. Unterschiedliche arbeitsmarktpolitische Rahmenbedingungen, kommunale Besonderheiten und die Organisationsvielfalt der besonderen Einrichtungen für die Umsetzung des SGB II machen ein Ranking sinnlos. Sinnvoll dagegen ist ein vergleichender Erfahrungsaustausch. Gleichgültig wie die Rahmenbedingungen sind, egal wie die Organisation vor Ort aufgebaut ist, die Aufgabe Hilfebedürftige zu unterstützen und ihnen Arbeit zu vermitteln ist an allen Orten dieselbe.

Daneben gibt Kapitel 2 einen Überblick über den organisatorischen Ablauf des Projekts. Außerdem wird das Kennzahlenset erläutert, wobei hier insbesondere auch auf Unterschiede zu den von der Bundesagentur für Arbeit verwendeten Kennzahlen eingegangen wird. Allein die Definition der hier verwendeten Kennzahlen lässt einen direkten Vergleich mit den Arbeitsgemeinschaften nicht zu.

Nach den theoretischen Ausführungen wird in Kapitel 3 auf die Datengenese und die Datenqualität eingegangen. Insbesondere diese Aspekte sind problematisch, da die Daten anfänglich nur sehr schwer von den Optionskommunen zu ermitteln waren. Auf welche Schwierigkeiten wir gestoßen sind, wie sie behoben werden konnten – oder teilweise auch nicht – wird hier eingegangen. Außerdem werden zentrale Ergebnisse des Kennzahlenvergleichs dargestellt.

Kapitel 4 widmet sich ersten praktischen Beispielen, die in den Vergleichsringsitzungen vorgestellt und diskutiert wurden. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Beispiele, die andere Kommunen als nachahmenswert eingestuft haben. Nicht jede dieser Maßnahmen führt automatisch zu herausragenden Kennzahlen, aber sie können wegweisend sein. Diese Beispiele sind sicherlich noch durch viele andere zu ergänzen, was auch eine Aufgabe in 2007 sein wird.



Genau diesem Aspekt widmet sich dann auch das letzte Kapitel, der Ausblick. Was wurde erreicht, was muss aber in Zukunft noch erreicht werden? Neben dem Aufbau einer Sammlung guter Beispiele sind dies sicherlich auch inhaltliche Punkte, wie das systematische Erfassen der Fallmanagement-Arbeit.

Im Anhang dieser Publikation werden die für jeden Vergleichsring wesentlichen Kennzahlen für das Jahr 2006 als Durchschnittswerte dargestellt und auch die konkreten Definitionen der Kennzahlen aufgeführt.

2. Rahmenbedingungen und Voraussetzungen des Benchmarkings

Im Folgenden werden die wesentlichen Rahmenbedingungen der SGB II-Umsetzung in den Optionskommunen dargestellt. Dabei wird insbesondere auf mögliche organisatorische Umsetzungsvarianten des SGB II eingegangen und die zentrale Zielsetzung des SGB II-Benchmarkings erläutert.

2.1 SGB II-Umsetzung in den Optionskommunen

Mit dem „Vierten Gesetz über moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ (Hartz IV) wurde ab dem 1. Januar 2005 eine Kommunalisierung der Beratung, Betreuung und Vermittlung der Arbeitslosengeld II-Bezieher vollzogen. Der Gesetzgeber sieht dabei grundsätzlich zwei Trägermodelle zur Aufgabenwahrnehmung nach dem SGB II vor:

- die zweigeteilte Trägerschaft, zusammengeführt durch eine Arbeitsgemeinschaft von Arbeitsagentur und Kommune (ARGE) (§ 44 SGB II als gesetzlicher Regelfall) oder
- die kommunale Gesamträgerschaft (Option, § 6a SGB II) durch zugelassene kommunale Träger (zkt/Optionskommunen).

Wird weder optiert noch eine ARGE gebildet bzw. eine sonstige Form der Kooperation gewählt, findet eine getrennte Aufgabenwahrnehmung gemäß den gesetzlich geregelten Zuständigkeiten statt.

Bei der Umsetzung des SGB II in den Optionskommunen ergeben sich aufgrund anderer Strukturen einige spezifische Besonderheiten gegenüber der Situation in den ARGE. So mussten die Optionskommunen Ende 2004 neue Organisationseinheiten aufbauen, ohne dabei auf die Organisationsfähigkeit der Bundesagentur für Arbeit zurückgreifen zu können. Insofern standen die Optionskommunen vor besonderen Herausforderungen in der Aufbauphase. Demgegenüber bestehen aber auch größere Spielräume zur Gestaltung der SGB II-Umsetzung. Im Gegensatz zu den ARGE konnten in den Optionskommunen Einheiten mit einem einheitlichen Personalkörper und einer einheitlichen Dienstherrenfunktion gebildet werden. Zudem mussten fachliche Vorgaben der Bundesagentur für Arbeit nicht unmittelbar umgesetzt werden und konnten so besser an regionale Rahmenbedingungen angepasst werden.

Als Ergebnis dieser Rahmenbedingungen hat sich in den Optionskommunen eine große Vielfalt von Organisationsvarianten bei der SGB II-Umsetzung herausgebildet. Dies bildet eine hervorragende Ausgangssituation für das gegenseitige Voneinanderlernen im Rahmen eines Benchmarkings. Allerdings ist es für eine Bewertung der verschiedenen Organisationsmodelle noch zu



früh. Daher werden an dieser Stelle die verschiedenen Umsetzungsvarianten lediglich kursorisch vorgestellt. Es wird die zentrale Aufgabe des Benchmarkings im Jahr 2007 sein, hier positive Beispiele zu identifizieren und die Voraussetzung für die Übertragbarkeit auf andere Organisationen herauszuarbeiten.

2.1.1 Kernprozesse im Rahmen der SGB II-Umsetzung

Die SGB II-Umsetzung beinhaltet die drei Kernprozesse Leistungsgewährung, Fallmanagement und Arbeitsvermittlung.

Zur **Leistungsgewährung** gehören die Antragsbearbeitung und Zahlbarmachung der SGB II-Leistungen, die Anordnungsbefugnis zur Gewährung und Zahlbarmachung dieser Leistungen, Sanktionierungen, Unterhaltsheranziehung sowie die Widerspruchsbearbeitung.

Das **Fallmanagement** beinhaltet Erstberatungen, Profiling, diagnoseaktivierende Anamnese von Kunden, Hilfeplanung und -steuerung, Abschlüsse von Eingliederungsvereinbarungen sowie die enge Zusammenarbeit mit dem Bereich Arbeitsvermittlung bzw. Arbeitgeberservice (Matching). Aufgabe des Fallmanagements ist (multiple) Vermittlungshemmnisse von Leistungsbeziehern wie beispielsweise Verschuldung, Suchterkrankungen oder familiäre Probleme durch Kooperationen mit kommunalen Akteuren zu beseitigen und eine Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Als dritter Kernprozess ist die **Arbeitsvermittlung** zu nennen. Hierunter fallen Arbeitgeberkontakte, die Stellenakquise und das Erfassen der akquirierten Stellen (Stellenangebote), der Matchingprozess, die Stellenbesetzung und dazugehörige Dokumentation, die Nachbetreuung der Unternehmen im Anschluss an eine erfolgreiche Vermittlung sowie die Beratung der Unternehmen. Die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt ist die Kernaufgabe bei der Umsetzung des SGB II. Die Arbeitsvermittlung ist als Servicestelle für Langzeitarbeitslose und als Schnittstelle zwischen Arbeitgebern und Arbeitsmarkt zu verstehen. Ziel ist die schnellstmögliche und passgenaue Vermittlung von Hilfeempfängern in den ersten Arbeitsmarkt.

Zahlreiche Kommunen haben zudem einen **Arbeitgeberservice** etabliert, um eine professionelle Unternehmensansprache gewährleisten zu können. Durch passgenaue Vermittlung und Besetzung von Stellen (Matching) soll den Erwartungen der Arbeitgeber entsprochen werden, um dadurch die Voraussetzung für eine dauerhafte und kontinuierliche Akquise und Besetzung weiterer offener Stellen zu sichern.

2.1.2 Organisationsmodelle im Rahmen der SGB II-Umsetzung

Um eine erfolgreiche und möglichst reibungslose Umsetzung des SGB II gewährleisten zu können, wurden entsprechend der individuellen lokalen Gegebenheiten zahlreiche unterschiedliche Organisationsmodelle etabliert.

Hinsichtlich des Modells der Optionskommunen existieren zwei grundsätzliche Organisationsformen: Die Aufgabenwahrnehmung wird entweder im Rahmen einer **Organisationseinheit zentral beim Kreis** angesiedelt oder der Kreis delegiert die Aufgabenwahrnehmung an seine kreisangehörigen Städte und Gemeinden. Bei der zweiten Variante handelt es sich um das Modell der **Delegationskommunen**, welche vielfach Ausdruck eines unterschiedlichen Kräfteverhältnisses zwischen dem Kreis und seinen Städten und Gemeinden sind. Der Ursprung dieses Modells liegt in der Ausgestaltung der ehemaligen Aufgabenwahrnehmung kraft des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) durch die kreisangehörigen Städte und Gemeinden. Herrschten hier tragfähige und gut etablierte dezentrale Strukturen vor, wurden diese im Rahmen der SGB II-Umsetzung meist weitergeführt. Für die Kreise gehen mit diesem Modell vielfach neue und komplexe Anforderungen einher, insbesondere in Hinblick auf die Steuerung der SGB II-Umsetzung. Zudem ist bei diesem Modell die Gewährleistung einer einheitlichen SGB II-Umsetzung vor höhere Herausforderungen als bei einer zentralisierten Umsetzung gestellt. Dies gilt beispielsweise für einheitliche Prozess-Standards bei der Handhabung von Sanktionen und der Anwendung von Ermessensspielräumen im Fallmanagement. Um diesen Steuerungsanforderungen begegnen zu können, wird in zahlreichen Optionskommunen, die das SGB II in Zusammenarbeit mit Delegationskommunen umsetzen, an der Entwicklung von Zielvereinbarungssystemen gearbeitet. Hier können die Kennzahlenergebnisse des Benchmarkings eine erste Orientierung bei der Quantifizierung der Zielvereinbarungen geben.

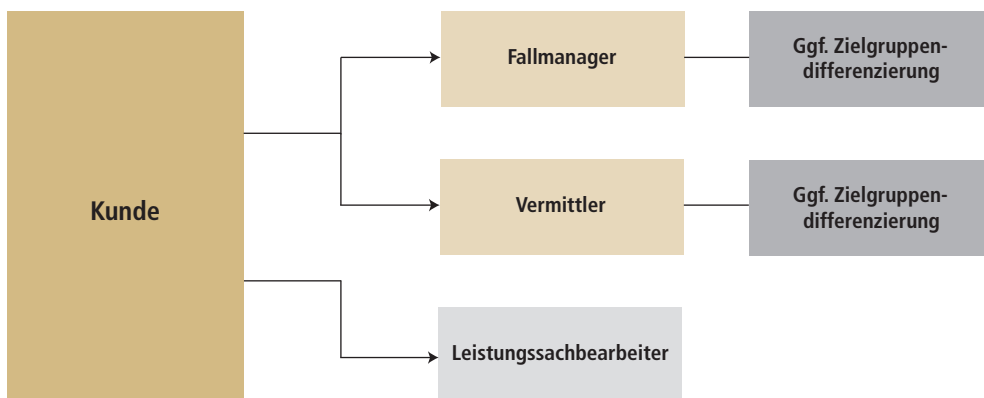
2.1.3 Personelle Aufgabenwahrnehmung und funktionelle Differenzierung

Darüber hinaus gibt es vielfältige Umsetzungsvarianten in Hinblick auf die personelle Aufgabenwahrnehmung. Hier sind insbesondere die Einheitssachbearbeitung und die spezialisierte Sachbearbeitung zu nennen.

Bei der **spezialisierten Sachbearbeitung** wird eine klare, administrative und personelle Trennung der drei Bereiche Fallmanagement, Arbeitsvermittlung und Leistungsgewährung vorgenommen. Durch eine Zugangssteuerung der Kunden findet ggf. eine Differenzierung in arbeitsmarktnahe, direkt vermittelbare Personen und solche mit (multiplen) Vermittlungshemmnissen statt. Die arbeitsmarktnahen Kunden werden direkt einem Mitarbeiter der Arbeitsvermittlung zugewiesen. Den arbeitsmarktfernen Personen wird ein Fallmanager als Ansprechpartner zugeteilt. Darüber hinaus ist ein Leistungssachbearbeiter für die Gewährung der passiven Leistungen zuständig.



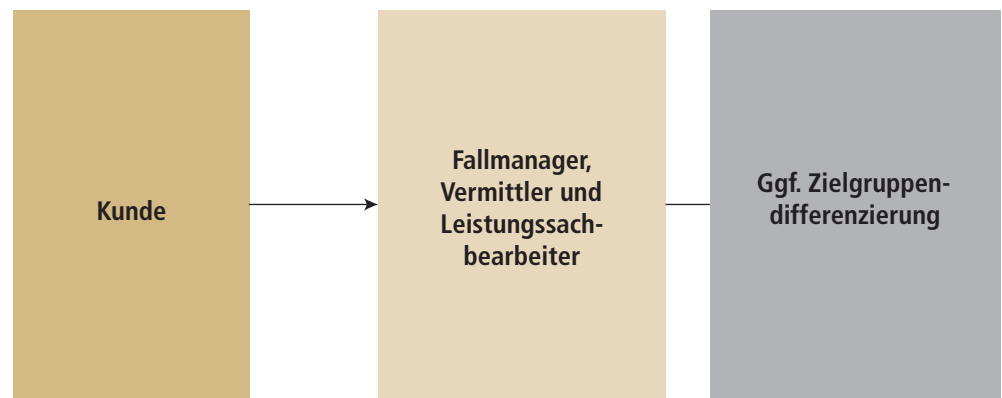
Abbildung 1: Spezialisierte Sachbearbeitung



| BertelsmannStiftung

Die Zuständigkeit ist demnach je nach Kundengruppe verschieden. Auch die Tätigkeitsschwerpunkte unterscheiden sich. Die Arbeitsvermittler leisten vor allem die Erhebung und Dokumentation vermittlungsrelevanter Daten und den konkreten Matching-Prozess. Demgegenüber sind die Fallmanager schwerpunktmäßig mit der Hilfeplanung und -steuerung befasst, um bei den ALC II-Beziehern vorhandene Vermittlungshemmnisse abzubauen und erst im zweiten Schritt eine Stellenbesetzung vorzunehmen. Darüber hinaus kann neben dieser eine weitere Differenzierung hinsichtlich der Betreuung unterschiedlicher Zielgruppen vorgenommen werden. Hierzu gehören beispielsweise ältere Arbeitslose, Jugendliche, Alleinerziehende oder Migranten.

Bei der **Einheitssachbearbeitung** gibt es entweder keine oder eine weniger ausgeprägte personelle Trennung der Aufgabenwahrnehmung. Hier findet keine Differenzierung der Kunden nach Arbeitsmarktnähe/-ferne statt, d. h. die Fallmanager bzw. Vermittler sind für eine heterogene Personengruppe zuständig und übernehmen sowohl die Unterstützung beim Abbau von (multiplen) Vermittlungshemmnissen durch die Gewährung flankierender Maßnahmen als auch die vermittlungsbezogenen Aufgaben. Darüber hinaus gibt es die Möglichkeit, dass Fallmanager/Vermittler zugleich die Leistungsgewährung erbringen. Dieses Modell zeichnet sich demnach durch eine umfassende Zuständigkeit bzw. ganzheitliche Aufgabenwahrnehmung aus.

Abbildung 2: Einheitssachbearbeitung

| BertelsmannStiftung

Für eine spezialisierte Aufgabenwahrnehmung spricht vor allem ein hoher Abstimmungsbedarf in vielen verschiedenen Fachgebieten. Demgegenüber reduziert sich bei der Einheitssachbearbeitung der Abstimmungsbedarf an den Schnittstellen zwischen Fallmanagement/Vermittlung und Leistungssachbearbeitung.

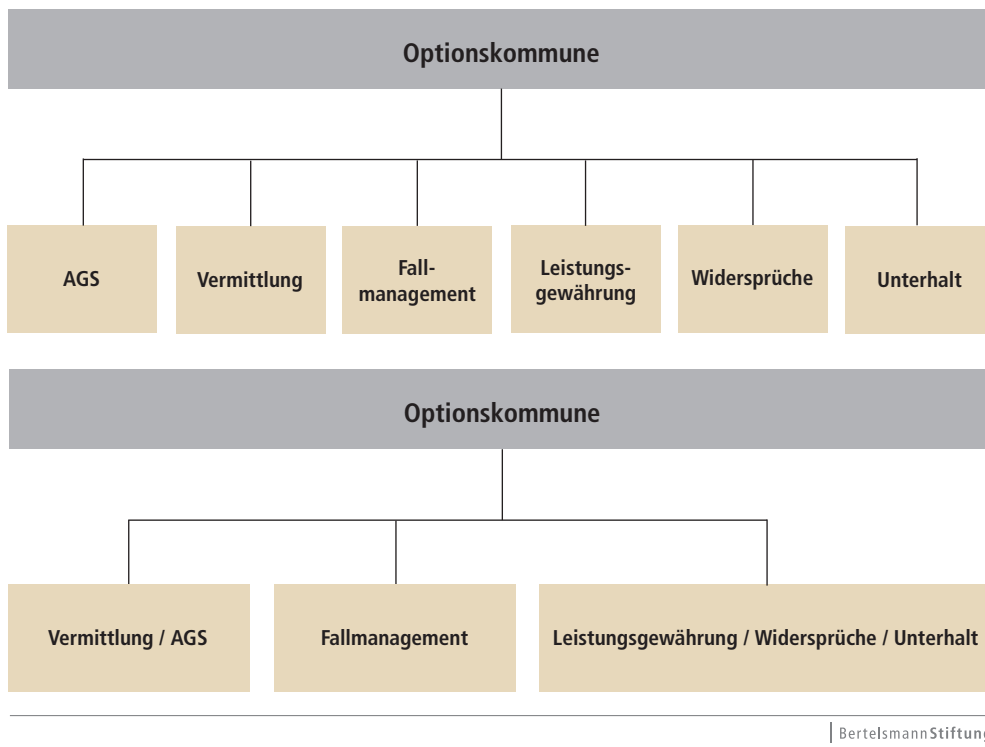
Eine endgültige Bewertung beider Modelle ist derzeit noch nicht möglich und hängt von den jeweiligen regionalen Rahmenbedingungen ab. Deutlich wird, dass sich vor dem Hintergrund der Spezialisierungsvorteile eine funktionale Differenzierung von Fallmanagement/Vermittlung und Leistungssachbearbeitung vor allem dann anbietet, wenn die arbeitsmarktpolitischen Zielgruppen besondere Anforderungen an die Integration in den Arbeitsmarkt stellen (z. B. durch multiple Vermittlungshemmnisse).

2.1.4 Aufbauorganisation

Auch hinsichtlich der Aufbauorganisation wurden unterschiedliche Umsetzungsmodelle etabliert. Relevante Aspekte sind hier insbesondere die organisatorische Handhabung der Bereiche Widerspruchsbearbeitung, Unterhaltsheranziehung und Arbeitgeberservice. Diesbezüglich sind schwerpunktmäßig zwei Varianten zu nennen: Die genannten Bereiche werden entweder direkt in die Bereiche aktivierender bzw. passiver Leistungen integriert oder sie werden jeweils als eigene Organisationseinheiten auf zentraler Ebene gebündelt.



Abbildung 3: Separierte und integrierte Organisation



Bei der aufbauorganisatorischen Anordnung der Aufgaben Widerspruchsbearbeitung und Unterhaltsheranziehung zeichnet sich klar eine zentralisierte Aufgabenwahrnehmung ab. Durch die entsprechenden Spezialisierungsvorteile können die hohen fachlichen Anforderungen an diese Aufgaben erfüllt werden.

In Hinblick auf den **Arbeitgeberservice** ist bei einer separaten Organisationseinheit der Vorteil zu nennen, dass hiermit ein hohes Maß an Arbeitgeberorientierung im Sinne eines professionellen Kundenbeziehungsmanagements gewährleistet werden kann. Zudem ist eine Differenzierung der Zuständigkeiten nach Branchen möglich. Hier steht also ein stellenorientierter Ansatz im Vordergrund. Dabei ist es jedoch erforderlich, die Bewerberprofile gut zu kennen und somit funktionierende Schnittstellen zum Bereich Vermittlung zu schaffen. Wird der Arbeitgeberservice in den Bereich der Vermittlung integriert, entfällt diese Schnittstelle, allerdings ist auch nur begrenzt eine Spezialisierung der Mitarbeiter im Umgang mit Unternehmen möglich. Insofern liegt dieser Variante ein eher bewerberorientierter Ansatz zugrunde. Dieses Modell bietet sich insbesondere

dann an, wenn aufgrund der Unternehmens- und Branchenstruktur nicht mit differenzierten Anforderungen an Leistungen des Arbeitgeberservices zu rechnen ist. Dies gilt beispielsweise für ländlich geprägte Gebiete mit handwerklicher Wirtschaftsstruktur und hoher Dichte von kleinen und mittleren Unternehmen. Bei Optionskommunen ist ein Trend hin zum Arbeitgeberservice als eigene Organisationseinheit feststellbar. Letztlich gilt es bei der Wahl der Organisationsform jedoch, stets die lokalen Gegebenheiten sowie Wirtschafts- und Arbeitsmarktstrukturen zu berücksichtigen.

2.2 Ziele des Benchmarkings

Die Umsetzung des SGB II ist kein einmaliger Reformprozess, der irgendwann seinen Abschluss findet, sondern ist als kontinuierlicher Lern- und Verbesserungsprozess zu verstehen. Daher ist der Status quo ständig zu hinterfragen, um mit den Veränderungen der externen Rahmenbedingungen Schritt zu halten, die Qualität der erbrachten Leistungen sicherzustellen und diese zu optimieren. Ein hilfreicher methodischer Ansatz hierfür ist das Benchmarking. Durch das Instrument Benchmarking werden Ergebnisse, Strukturen und Prozesse zwischen Organisationen auf der Basis von Kennzahlen verglichen. Daher kann mit Hilfe des SGB II-Benchmarkings der Optionskommunen auch analysiert und bewertet werden, welche Organisationsmodelle sich unter welchen Bedingungen und individuellen Gegebenheiten bewähren.

Das grundsätzliche Ziel des Benchmarkings ist es, die Stärken und Schwächen einer Organisation und ihrer Prozesse durch Vergleich mit anderen Organisationen und Prozessen aufzudecken und die Leistungsfähigkeit zu erhöhen. Durch Leistungsvergleiche zwischen den Optionskommunen soll ein „**Lernen-von-den-Besten**“ ermöglicht werden. Dies bezieht sich sowohl auf die Aufbau- und Ablaufstrukturen als auch auf die Vermittlungsergebnisse der Optionskommunen.

Zudem ist ein strukturierter **Erfahrungsaustausch** zwischen den Vergleichsringteilnehmern insbesondere in Hinblick auf die Organisation und Wirkung der SGB II-Umsetzung möglich. Durch den Vergleich anhand von Kennzahlen werden **Best-Practice-Ansätze** identifiziert. Dabei geht es darum, auf Basis der Kennzahlen Leistungsunterschiede zu identifizieren, plausible Erklärungen hierfür zu finden sowie Voraussetzungen für die Übertragbarkeit der Beispiele zu definieren. Dies ist der Ausgangspunkt für den gemeinsamen Lernprozess und somit für die **Verbesserung der Leistungserbringung**. Zudem können wertvolle Kontakte geknüpft werden, die auch über die Vergleichsringaktivitäten hinaus für einen konkreten und sachbezogenen Erfahrungsaustausch genutzt werden können.

Außerdem wird durch das SGB II-Benchmarking hinsichtlich der Leistungen bei der Betreuung und Integration von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt, auch in Abgrenzung zur



Umsetzung des SGB II in den ARGEn, **Transparenz** hergestellt. Hierbei gilt es jedoch darauf hinzuweisen, dass die Vergleichbarkeit mit ARGEn als schwierig zu bewerten ist, da die Kennzahlen und Datengrundlagen des SGB II-Benchmarkings der Optionskommunen und die der Bundesagentur für Arbeit teilweise erheblich voneinander abweichen.

Nicht zuletzt können die Kennzahlenergebnisse des Benchmarkings für die **Quantifizierung von Zielvereinbarungssystemen** in den teilnehmenden Organisationen genutzt werden. Dabei können Zielwerte für einzelne Organisationseinheiten in den Optionskommunen, beispielsweise die Delegationskommunen, mit den Ergebnissen des Benchmarkings verknüpft werden. So kann angestrebt werden, dass die Organisationseinheiten bzgl. ihrer Leistungsfähigkeit mindestens den Durchschnitt des Vergleichsringes erreichen müssen. Zudem kann anhand der Kennzahlenergebnisse aus dem Benchmarking geprüft werden, ob die Zielvorgaben eines Zielvereinbarungssystems als realistisch zu bewerten sind.

Das Kennzahlenset des SGB II-Benchmarkings der Optionskommunen und seine Datengrundlagen werden kontinuierlich von den Nutzern weiterentwickelt. Die Erfahrungen aus vergleichbaren Benchmarking-Projekten zeigen, dass die Herstellung absoluter **Vergleichbarkeit** der teilnehmenden Organisationen weder möglich noch sinnvoll ist. Um durch Leistungsvergleiche eine schnelle Beurteilung der aktuellen Leistungsfähigkeit zu ermöglichen, müssen Trends und Tendenzen aufgezeigt werden können. Die Herstellung absoluter Vergleichbarkeit würde hingegen verhindern, dass kurzfristig Ergebnisse aus dem Benchmarking abgeleitet werden können. Dies würde die Akzeptanz des Gesamtprojekts gefährden. Daher sollten inhaltliche Diskussionen in den Vergleichsringen frühzeitig begonnen und dann die Datenqualität kontinuierlich verbessert werden. Parallel hierzu wird das Kennzahlenset des SGB II-Benchmarkings jährlich überarbeitet, um die Kennzahlen dem Informations- und Steuerungsbedarf der Vergleichsringteilnehmer anzupassen.

2.3 Zuschnitt der Vergleichsringe

Für die 69 Optionskommunen mussten geeignete Vergleichsringe geschaffen werden, damit das Ziel des systematischen Erfahrungsaustauschs und das Voneinanderlernen auch erreicht werden kann. Vielfach wird angenommen, dass nur Organisationen miteinander verglichen werden können, die sich sehr gleichen bzw. unter sehr ähnlichen Bedingungen agieren. Dies ist dann richtig, wenn man anhand der Kennzahlen ein Ranking erstellen will. Genau das ist aber, wie bereits beschrieben, nicht Ziel des Projekts.

Im Falle der Optionskommunen wurde deshalb sowohl auf den Versuch verzichtet, Optionskommunen in einem Vergleichsring zu vereinen, die sehr ähnlich organisiert sind, als auch die Zugehörigkeit streng an den arbeitsmarktpolitischen Gegebenheiten in den zugelassenen kommunalen

len Trägern auszurichten. Vielmehr wurde eine grobe Einteilung auf der Grundlage der siedlungsstrukturellen Kreistypen des Bundesamtes für Bau- und Raumplanung (BBR) vorgenommen, wobei neben der Zugehörigkeit zu den Kreistypen die SGB II-Quote als weiteres Ordnungskriterium zu Rate gezogen wurde. Auf diese Weise wurden grundlegende Strukturmerkmale berücksichtigt, aber dennoch eine Vielfalt in den Vergleichsringen erreicht, die die Diskussion lebhaft und interessant gemacht hat.

Die genannten Kriterien wurden auf die Vergleichsringe 2 bis 7 angewandt. Im Vergleichsring 1 wurde hingegen von diesen Kriterien abgerückt. Da lediglich sechs Städte die Option gezogen haben, erschien es keinesfalls sinnvoll, diese sechs Städte aufgrund ihrer Clusterzugehörigkeit in unterschiedliche Vergleichsringe zu gruppieren. Folglich wurden diese, trotz zum Teil sehr unterschiedlicher Rahmenbedingungen, im Vergleichsring 1 zusammengefasst. Darüber hinaus sollten diese nicht isoliert von den zugelassenen Landkreisen arbeiten. Deshalb wurden zusätzlich in den ersten Vergleichsring weitere sechs Landkreise integriert, die als Agglomerationsräume im Sinne des Bundesamtes für Bau- und Raumplanung definiert sind.

Die Vergleichsringe sind im Anhang samt der Kennzahlenergebnisse aufgeführt.

2.4 Erläuterung des Kennzahlensets

Das Kennzahlenset kann unterteilt werden in

- Strukturzahlen,
- Kennzahlen zu dem Bereich aktivierende Leistungen und
- Wirtschaftlichkeitskennzahlen.

Im Rahmen dieses Benchmarkings wurde bisher auf Kennzahlen zu den sonst bei der Bertelsmann Stiftung üblichen Zieldimensionen Mitarbeiter- und Kundenzufriedenheit verzichtet. Dies hatte vor allem den Grund, dass sich alle Beteiligten zu Beginn des Projekts einig waren, dass die Erfüllung des gesetzlichen Auftrages – sprich Aktivierung und Leistungsgewährung – sowie die Wirtschaftlichkeit der Auftragserfüllung im Fokus sowohl des Steuerungs- als auch des öffentlichen Interesses stehen werden.

Zu dem Kennzahlenset, welches im Anhang beigelegt ist, sind einige grundsätzliche Anmerkungen zu machen. So sind die Kennzahlen natürlich den Zielen des SGB II, die in § 1 SGB II definiert sind, zuzuordnen. Darüber hinaus stand bei der Kennzahlenentwicklung die Steuerungsinformation für die Leitungsebene vor Ort im Vordergrund, weniger bis gar nicht die Überlegung, welche zentralen statistischen Informationen von Interesse sein könnten.



Das Benchmarking der Optionskommunen untereinander ist grundlegend anders konzipiert als die BA-Controllingzahlen oder die SGB II-Kennzahlen, die von der BA veröffentlicht werden. Das Konzept der BA stützt sich darauf, dass vorhandene Geschäftsdaten, die nach bestimmten Vorgaben zu erfassen sind, ausgewertet und in Zahlen gegossen werden. Kenn- und Controllingzahlen entstehen somit bei der BA als gesetzlich vorgesehener Datensammelstelle gewissermaßen in einem Ansatz von oben nach unten. Dagegen versteht sich das Benchmarking der Optionskommunen als Abbildung der Abläufe vor Ort von unten nach oben. Dabei soll die Einbeziehung der Prozesse einschließlich der Gewinnung der Kennzahlen ermöglichen, eine fachliche Diskussion untereinander zu befördern und gegenseitige Lernprozesse zu fördern. Die Zahlen sind dabei vorrangig der Kristallisationspunkt für die Analyse und die Diskussion. Dieses Grundelement interkommunaler Leistungs- und Kennzahlenvergleiche bringt es mit sich, dass in den Verwaltungsabläufen bestehende Unterschiede, strukturelle Gegebenheiten sowie unterschiedliche Handlungsansätze gleichermaßen betrachtet und näher beleuchtet werden können.

2.4.1 Kennzahlen zur Aktivierung

Zu Beginn des Projekts wurde eine ausführliche Diskussion darüber geführt, auf welchen Personenkreis die Kennzahlen bezogen werden sollen. Schließlich einigten sich alle Beteiligten darauf, dass die Kennzahlen im Bereich Aktivierung auf alle erwerbsfähigen Hilfebedürftigen bezogen werden sollen. Dies hat unterschiedliche Gründe:

1. Das SGB II ist extra für diesen Personenkreis entwickelt worden.
2. Der Begriff des erwerbsfähigen Hilfebedürftigen ist eindeutig definiert und nicht interpretierbar. Nicht interpretierbare Bezugsgrößen verhindern auch, dass eine Kennzahl dadurch „verbessert“ werden kann, indem die Bezugsgröße durch Zuordnungen verkleinert wird.
3. Die Anzahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen steht allen Optionskommunen zur Verfügung, inzwischen auch als durch die Bundesagentur für Arbeit plausibilisierter Wert.

Allerdings hat der Bezug der Kennzahlen auf alle erwerbsfähigen Hilfebedürftigen zur Folge, dass die Quoten relativ klein werden. Insbesondere in der Gegenüberstellung zu vergleichbaren Quoten der Arbeitsgemeinschaften, die Personen, die in § 10 SGB II aufgeführt worden sind, nicht in die Berechnung der Quoten einbeziehen. Dadurch sind die Quoten im Bereich Aktivierung bei den Arbeitsgemeinschaften von vornherein höher als bei den Optionskommunen. Allerdings hat uns in dem Projekt weniger die Höhe der Quoten als vielmehr die Unterschiede zwischen den Quoten interessiert. Das ist auch einer der Gründe, warum die hier genannten Aktivierungs- und Eingliederungsquoten nicht mit denen der Arbeitsgemeinschaften vergleichbar sind.

Bezüglich der Sanktionsquoten wurden in 2006 jeweils die im monatlichen Betrachtungszeitraum neu ausgesprochenen Sanktionen gemessen. Auch diese wurden auf der Basis aller erwerbsfähigen

Hilfebedürftigen berechnet. Hintergrund war die Idee, dass es interessant sein könnte zu erfahren, wie sich die Sanktionen monatlich entwickeln und dabei den Arbeitsaufwand darzustellen, der mit dem Verhängen von Sanktionen verbunden ist. An dieser Stelle kann bereits ein kleiner Ausblick auf 2007 gegeben werden. Ab 2007 wird der Bestand an Sanktionen gemessen.

Am Beispiel der Sanktionsquote kann man sehr schön die Grenzen bzw. den Nutzen von Kennzahlen verdeutlichen. Was ist eine gute Sanktionsquote? Wenn sie hoch ist, weil es deutlich macht, wie konsequent die Optionskommune Verstöße der Hilfebedürftigen ahndet? Oder vielmehr wenn sie niedrig ist, weil dies zeigt, welche gute Zusammenarbeit zwischen der Kommune und dem Hilfebedürftigen bezüglich der Maßnahmen für ihn herrscht? In beide Richtungen kann argumentiert werden. Letztlich ist es auch gar nicht so entscheidend, welche Auffassung man normativ vertritt. Die Sanktionsquoten sind vielmehr ein möglicher Ansatzpunkt, um Verfahrensabläufe in den Optionskommunen zu diskutieren. Aufzuzeigen, wer wie mit den Hilfebedürftigen zusammenarbeitet, wer es mit welchen Instrumenten geschafft hat, den Hilfebedürftigen für sie jeweils passende und gute Angebote zu unterbreiten.

2.4.2 Kennzahlen zur Wirtschaftlichkeit

Die Kennzahlen zur Wirtschaftlichkeit wurden alle aus dem Haushalt der Optionskommunen gezogen. Als Bezugsgröße wurden die Bedarfsgemeinschaften herangezogen. Dieses Prinzip wurde lediglich bei den Kosten der Eingliederungsmaßnahmen durchbrochen, die auf die erwerbsfähigen Hilfebedürftigen (eHb) bezogen werden.

Im Laufe des Jahres 2006 wurde allerdings deutlich, dass der Kostenbezug auf die Bedarfsgemeinschaften den Vergleich nur eingeschränkt ermöglicht. So sind die wesentlichen Kostenunterschiede nicht nur durch die unterschiedlich hohen Kosten der Unterkunft, die letztlich den unterschiedlichen Mietpreisen in den Kommunen geschuldet sind, erklärbar, sondern auch durch die unterschiedlichen durchschnittlichen Größen der Bedarfsgemeinschaften. Deshalb werden in 2007 die Kostenkennzahlen auch dergestalt verändert, dass sie als Kosten pro Person in der Bedarfsgemeinschaft ausgewiesen werden. Dadurch wird eine bessere Vergleichbarkeit gegeben sein.

Betrachtet man die Kostenkennzahlen, so ist es wichtig anzumerken, dass insbesondere die Kennzahlen „durchschnittliche Verwaltungskosten pro Bedarfsgemeinschaft“ und „Kosten der Eingliederungsmaßnahmen pro eHb“ zusammen betrachtet werden müssen, da die Verwaltungskosten und der Eingliederungstitel gegenseitig deckungsfähig sind. So sinken die Verwaltungskosten, wenn z. B. Leistungen des Fallmanagements nach außen vergeben werden. Die Eingliederungskosten steigen in diesem Fall. Die unterschiedlichen Kostenstrukturen spiegeln letztlich eine unterschiedliche Strategie wider.



3. Ergebnisse des Benchmarkings 2006

3.1 Bewertung der Datengenese und ihrer Qualität

Ein entscheidendes Kriterium für den Leistungsvergleich zwischen den Optionskommunen im Rahmen des SGB II-Benchmarkings und dem Aufbau einer strategischen Steuerung auf Basis von Kennzahlenergebnissen ist in der Qualität der Datenbasis zu sehen.

Ein Teil der Daten für das Kennzahlenset entstammt der XSozial-Datei. Nur zu einem geringen Teil musste auf Handauszählungen zurückgegriffen werden. Aufgrund von Schwierigkeiten bei der Datenerhebung und bei den Softwaresystemen (z. B. Software-Umstellungen im Erhebungszeitraum) wurden im Rahmen der Untersuchung partiell eigene Erhebungen notwendig, um eine Verbesserung der Datenqualität zu erzielen. Für 2007 wird die Zielsetzung verfolgt, XSozial als alleinige Datengrundlage zu etablieren. Die Ausnahme bildet der Bereich der Kostenkennzahlen. Dort stellen Haushaltsdaten durchgehend die Bewertungsgrundlage dar.

Mit Blick auf die Datenqualität ist auf drei potenzielle Fehlerquellen hinzuweisen: So können erstens bei der Datenerfassung Ungenauigkeiten auftreten, wenn im Rahmen der Fallbearbeitung (insbesondere im Bereich Arbeitsvermittlung, aber auch innerhalb der Leistungsgewährung) nicht alle Daten der Kunden korrekt und vollständig erfasst und in die Fachverfahren eingegeben werden. Eine zweite Fehlerquelle birgt die Formatierung der Rohdaten zu XSozial an der Schnittstelle zwischen kommunaler Software und dem Controllingsystem der Bundesagentur für Arbeit (BA). Drittens kann die von der BA durchgeführte statistische Plausibilitätsprüfung der von den Optionskommunen gelieferten XSozial-Daten zu Fehlern führen.¹

Generell kann jedoch konstatiert werden, dass die Datenqualität ein grundlegend valides und verlässliches Niveau erreicht hat, das eine fundierte und auch weiterführende inhaltliche Diskussion der Benchmarking-Daten erlaubt. Eine stetige Optimierung der Datengrundlage soll auch im weiteren Verlauf ein wichtiges, jedoch kein vorrangiges Projektziel darstellen. Vielmehr gilt es, künftig den Fokus auf eine intensive inhaltliche Auseinandersetzung in Bezug auf die Aussagen und Vergleichbarkeit der Kennzahlenergebnisse zu richten.

3.2 Auswertung der Kennzahlenergebnisse

In diesem Abschnitt werden die zentralen Kennzahlenergebnisse aus dem Jahr 2006 erläutert und bewertet.² Schwerpunkte dieser Auswertung sind Kennzahlen zur Aktivierung und Integration auf der einen und Zahlen zu Kostenaspekten auf der anderen Seite. Es werden insbesondere Unterschiede bzgl. der Kennzahlenwerte zwischen den Vergleichsringen analysiert und Querbezüge zwischen den Ergebnissen verschiedener Kennzahlen hergestellt, beispielsweise zwischen Kosten- und Aktivierungsquoten oder Eingliederungs- und Sanktionsquoten.

¹ So wird bspw. zur rechnerischen Plausibilitätsprüfung der Anzahl der Arbeitslosmeldungen einer Kommune ein Vertrauensintervall, basierend auf der Verteilung der Anteilswerte in den 370 nicht optierenden Kreise gebildet. Als Orientierung dient der Anteil der Arbeitslosen an den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in den nicht optierenden Kommunen. Erwartungsgemäß ist diese durchschnittliche Relation auf die Kreise zugelassener kommunaler Träger übertragbar. Alle Werte außerhalb der Grenzen des errechneten Intervalls werden aus statistischer Sicht als nicht plausibel eingestuft (Quelle: BA Statistik, Oktober 2006).

² Die jeweiligen Kennzahlenwerte für 62 Optionskommunen finden sich gegliedert nach den sieben Vergleichsringen im Anhang wieder.

Der untenstehenden Tabelle sind zunächst die durchschnittlichen Jahreswerte auf Vergleichsebene zu entnehmen.

Tabelle 1: Durchschnittliche Jahreswerte auf Vergleichsebene

	VR I	VR II	VR III	VR IV	VR V	VR VI	VR VII
Ø Einwohnerzahl	214498	210234	150583	254776	108041	183965	135961
Ø Anzahl Bedarfsgemeinschaften pro Monat	8067	6514	10792	6056	8328	6141	3381
Ø Größe der Bedarfsgemeinschaften	1,88	1,99	1,76	1,96	1,81	1,94	1,91
Ø Arbeitslosenquote (gesamt)	9,33	8,39	16,49	6,80	17,38	8,91	7,55
Ø Arbeitslosenquote SGB II	5,92	4,96	10,52	3,55	11,33	5,35	4,00
Ø Eingliederungsquote pro Monat (gesamt)	1,89	1,94	1,63	2,54	1,71	2,62	2,96
Ø Eingliederungsquote pro Monat (U25)	2,03	1,81	1,59	2,54	1,80	2,59	3,37
Ø Aktivierungsquote pro Monat (gesamt)	15,51	11,13	21,25	14,13	18,75	12,71	17,53
Ø Aktivierungsquote pro Monat (U25)	18,43	14,29	21,52	15,73	25,30	11,03	24,23
Ø Beschäftigungsquote pro Monat	21,29	23,27	22,16	25,89	24,32	30,97	22,70
Ø Quote der monatlich neu ausgesprochenen Sanktionen (gesamt)	1,06	1,17	0,39	1,12	0,61	1,20	1,25
Ø Quote der monatlich neu ausgesprochenen Sanktionen (U25)	1,37	1,49	0,93	1,47	1,16	1,93	1,83
Ø monatliche Gesamtkosten pro Bedarfsgemeinschaft	1066,54	1062,33	991,98	1019,81	1018,03	1028,52	1047,21
Ø monatliche Kosten für Transferleistungen pro BG	905,06	888,68	776,94	843,09	799,16	862,46	868,33
Ø monatliche Kosten der Unterkunft pro BG	328,16	302,82	239,82	283,04	250,81	289,53	274,87
Ø monatliche Personal- und Verwaltungskosten pro BG	86,35	87,42	72,27	86,87	77,76	84,49	92,71
Ø monatliche Eingliederungskosten pro eHb	64,39	65,71	99,74	70,12	109,65	61,17	66,85



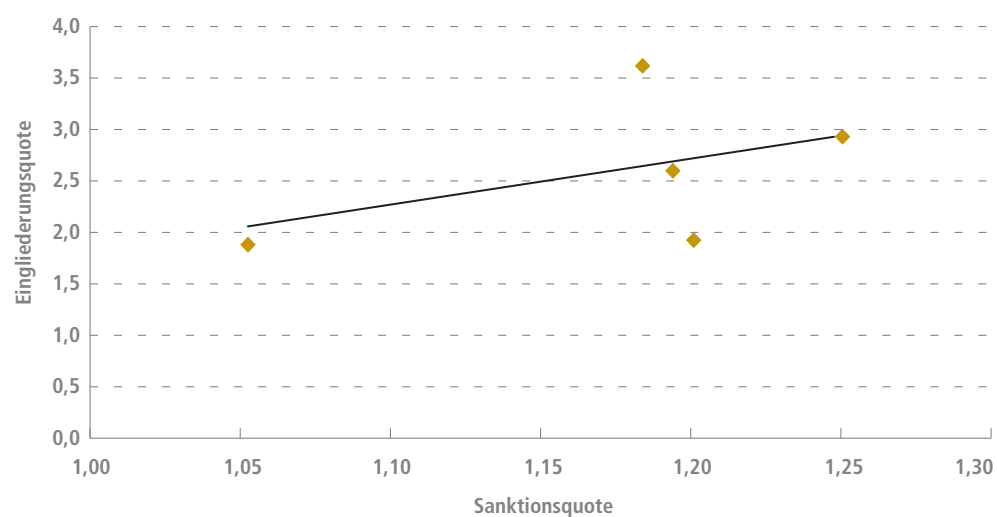
Grundsätzlich lassen sich deutliche Unterschiede insbesondere zwischen den Vergleichsringen III und V und den anderen Vergleichsringen erkennen. Auffällig ist dabei, dass sich in den Vergleichsringen III und V überproportional viele ostdeutsche Optionskommunen finden und diese beiden Vergleichsringe die mit Abstand höchsten durchschnittlichen Arbeitslosen- und SGB II-Quoten aufweisen. Dies macht deutlich, dass die Optionskommunen in Ost- und Westdeutschland nach wie vor mit unterschiedlichen arbeitsmarktstrukturellen Bedingungen konfrontiert sind und ihre Schwerpunkte im Rahmen der Umsetzung des SGB II entsprechend ausrichten. So setzen die Kommunen in den Vergleichsringen III und V andere Schwerpunkte bei der Betreuung der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und sehen sich einer anderen Kostenstruktur gegenüber als Kommunen in den restlichen Vergleichsringen. Im Folgenden wird daher in erster Linie zwischen den Vergleichsringen III und V auf der einen und den übrigen Vergleichsringen auf der anderen Seite unterschieden werden.

Die Vergleichsringe III und V weisen einen klaren Fokus auf aktivierende Maßnahmen auf, während die Eingliederungsquoten in den Kommunen dieser Vergleichsringe eher niedrig sind. Auch sind die durchschnittlichen Sanktionsquoten in den Vergleichsringen III und V ausgesprochen gering. Diese Ergebnisse spiegeln die angespannte Arbeitsmarktlage in den Kommunen der Vergleichsringe III und V wider. Aus Mangel an Eingliederungsoptionen wird hier verstärkt auf aktivierende Maßnahmen zurückgegriffen. Die niedrigen Sanktionsquoten lassen sich unter anderem damit erklären, dass ein typischer Anlass für Sanktionen, z. B. die Ablehnung einer angebotenen Stelle, wegen des generellen Stellenmangels selten auftritt. Generell können niedrige Sanktionsquoten ihren Ursprung jedoch auch in einem kooperativen Betreuungs- und Vermittlungsverständnis haben, das auf möglichst hohe Akzeptanz aller Maßnahmen durch die betroffenen Kunden abzielt. Entsprechend werden Sanktionen in diesem Fall nur sparsam eingesetzt.

In den anderen Vergleichsringen hingegen sind zum Teil deutlich höhere Eingliederungsquoten und geringere Aktivierungsquoten sowie höhere Sanktionsquoten zu beobachten. Zudem zeigt sich hier eine leichte positive Korrelation zwischen Aktivierungsquote und Eingliederungsquote. Besonders deutlich wird diese Korrelation in Vergleichsring VII, wo mit einer hohen durchschnittlichen Aktivierungsquote bei den unter 25-Jährigen eine ausgesprochen hohe durchschnittliche Eingliederungsquote in dieser Gruppe einhergeht. Ein kausaler Zusammenhang zwischen Aktivierung und Integration ist damit jedoch nicht impliziert.

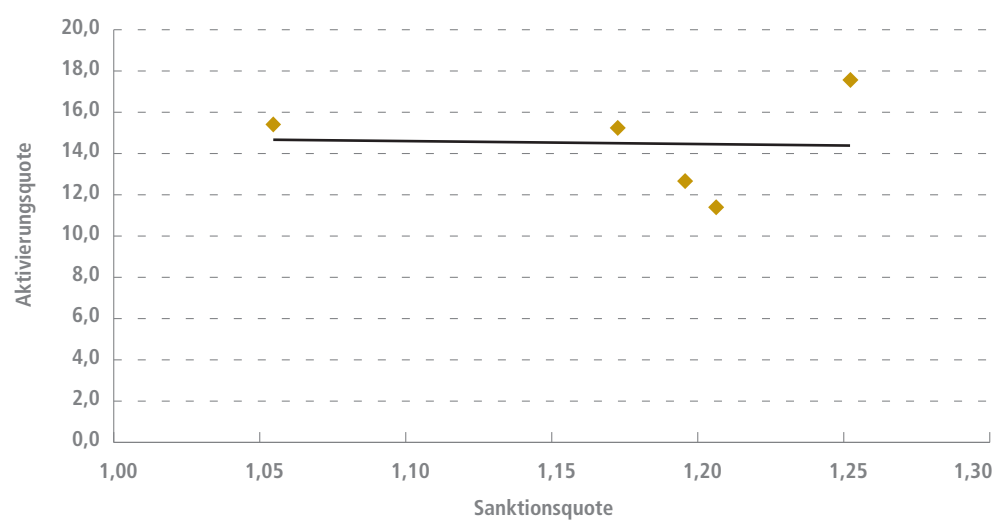
Vielfach wird eine eindeutige Wirkungsrichtung von Sanktionen auf die Maßnahmeteilnahme bzw. Arbeitsaufnahme angenommen. Diese These kann man vertreten, allerdings wird sie durch die hier vorliegenden Daten nicht signifikant bestätigt. Hier zeigt sich in den Vergleichsringen I, II, IV, VI und VII lediglich eine signifikante positive Korrelation zwischen der Sanktionsquote und der Eingliederung, während ein Zusammenhang zur Aktivierungsquote nicht zu beobachten ist (vgl. Abbildung 4 und 5).

Abbildung 4: Zusammenhang zwischen Sanktionsquote und Eingliederungsquote



BertelsmannStiftung

Abbildung 5: Zusammenhang zwischen Sanktionsquote und Aktivierungsquote



BertelsmannStiftung



Dies könnte ein Indiz dafür sein, dass die Teilnahme an aktivierenden Maßnahmen in der Regel nicht durch die Androhung von Sanktionen durchgesetzt werden muss, während zur Annahme einer Arbeitsstelle Mechanismen des Forderns notwendig sein und als zielführend bewertet werden können.

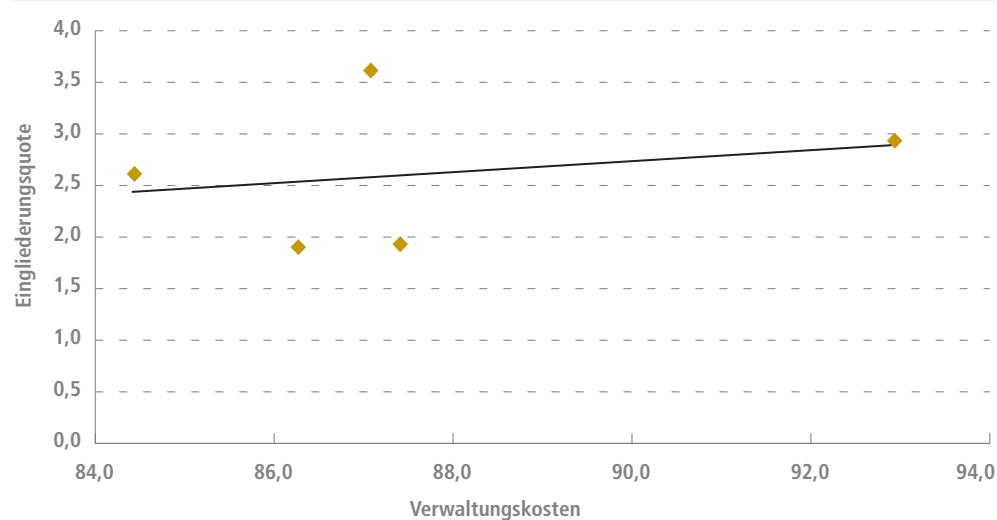
Wirft man nun den Blick auf die Kostenkennzahlen, ist auffallend, dass die hohen Aktivierungsquoten in den Kommunen der Vergleichsringe III und V hohe durchschnittliche Kosten für Eingliederungsmaßnahmen in diesen Vergleichsringen nach sich ziehen. In den anderen Vergleichsringen liegen diese Kosten um gut ein Drittel niedriger. Demgegenüber sind die sonstigen Aufwände pro Bedarfsgemeinschaft wie durchschnittliche Transferleistungen, Kosten der Unterkunft und Verwaltungskosten (Personal- und Sachkosten) in den Vergleichsringen III und V deutlich niedriger als in den anderen Vergleichsringen. Dies lässt sich auf den hohen Anteil ostdeutscher Kommunen in diesen Vergleichsringen zurückzuführen, in denen Transferleistungen bis zur Jahresmitte 2006 noch gesetzlich niedriger waren und Personalkosten tariflich nach wie vor geringer sind als in westdeutschen Kommunen. Auch die Kosten der Unterkunft (KdU) fallen wegen des häufig niedrigen Mietspiegels in ostdeutschen Kommunen relativ günstig aus. Dieser Kennzahlenwert hängt darüber hinaus zum einen auch von der Größe der Bedarfsgemeinschaft ab (große Bedarfsgemeinschaften führen zu hohen KdU-Kosten je Bedarfsgemeinschaft) und zum anderen von der Situation am Wohnungsmarkt, die sich in den Höchstwerten für die Angemessenheit des Wohnraums niederschlägt.

Die höchsten durchschnittlichen Kosten pro Bedarfsgemeinschaft fallen in den Kommunen des Vergleichsrings I an. Dieses Ergebnis erklärt sich mit der Zusammensetzung dieses Vergleichsrings, der unter anderem alle optierenden Städte enthält. Dort liegt das Miet- und Preisniveau häufig höher als in Landkreisen.

Die durchschnittlichen Verwaltungskosten stellen einen Indikator für die Personalausstattung einer Kommune dar. Setzt man die Eingliederungs- und Aktivierungsquoten in Relation zu ihnen, lässt sich deshalb bestimmen, in welchem Umfang eine bessere Personalausstattung Einfluss auf die Aktivierung und Integration von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen hat. Die Ergebnisse dieser Auswertung finden sich in Abbildung 6 und 7.³

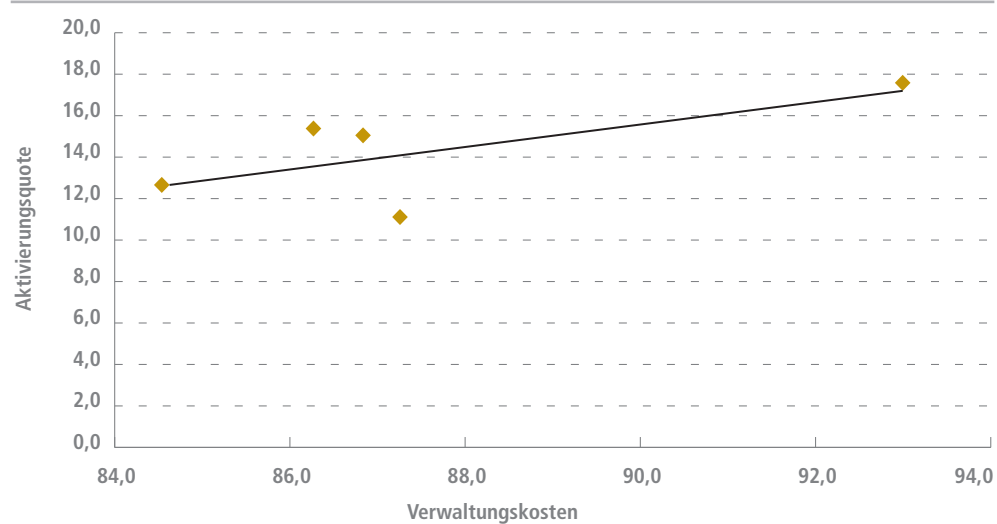
³ Die Abbildungen enthalten nicht die Daten der Vergleichsringe III und V, da wegen der geringeren tariflichen Bezahlung in den meisten ostdeutschen Kommunen diese Vergleichsringe keine Vergleichbarkeit gewährleistet ist.

Abbildung 6: Zusammenhang zwischen Verwaltungskosten und Eingliederungsquoten



BertelsmannStiftung

Abbildung 7: Zusammenhang zwischen Verwaltungskosten und Aktivierungsquoten



BertelsmannStiftung



Sowohl für die Eingliederung als auch für die Aktivierung findet sich eine positive Korrelation mit den Verwaltungskosten. Eine gute Personalausstattung erlaubt also eine intensivere Betreuung, die sich sowohl in stärkerer Aktivierung als auch in höherer Eingliederung bemerkbar macht. Dabei ist diese Wirkung bei der Aktivierung stärker als bei der Eingliederung, was darauf zurückzuführen ist, dass aktivierende Maßnahmen unabhängig von der Arbeitsmarktlage initiiert werden können, während eine Eingliederung das Vorhandensein von Stellen voraussetzt. Dieser Zusammenhang könnte dann auch bedeuten, dass das Ausgliedern von Leistungen geringere Quoten nach sich zieht. Allerdings sind diese Zusammenhänge nochmals auf Grundlage einer breiteren Datenbasis zu überprüfen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass Aussagen zu Wirkungszusammenhängen auf der aggregierten Ebene der Jahresdurchschnittswerte nur bedingt getroffen werden können. Hierfür ist eine detailliertere Datenanalyse erforderlich. Im Rahmen der hier vorliegenden Ergebnisdarstellung können entsprechend nur erste Tendenzen aufgezeigt werden.

4. Identifizierte gute Beispiele aus den Optionskommunen

Im Folgenden werden ausgewählte Best-Practice-Beispiele aus der SGB II-Umsetzung in den Optionskommunen vorgestellt, die im Rahmen des Benchmarkings identifiziert wurden und die Anregungen zur erfolgreichen Bewältigung unterschiedlicher Herausforderungen darstellen können.

4.1 Stadt Schweinfurt:

Programm zur Arbeitsintegration durch Qualifizierung und Training für Arbeitssuchende (PAQT)

Mit Inkrafttreten des SGB II startete in Schweinfurt das „Programm zur Arbeitsintegration durch Qualifizierung und Training für Arbeitssuchende“, kurz PAQT. Träger der von der Stadt Schweinfurt beauftragten und von der dortigen Stabsstelle für Beschäftigung und Grundsicherung finanzierten Maßnahme ist die gemeinnützige Gesellschaft zur beruflichen Förderung Schweinfurt mbH (GbF). Die oberste Zielsetzung von PAQT liegt in der Integration arbeitssuchender Hilfeempfänger oder Mitglieder von Bedarfsgemeinschaften im Alter von 18 bis 25 Jahren in sozialversicherungspflichtige Ausbildungs- und Beschäftigungsverhältnisse im ersten Arbeitsmarkt. Dazu wurde ein ganzheitliche auf individuelle Bedürfnisse zugeschnittenes Förder- und Eingliederungskonzept entwickelt, das sich aus unterschiedlichen Trainingsabschnitten, fachspezifischen Qualifizierungsmodulen sowie Betriebspraktika zusammensetzt. Pro Jahr können insgesamt 450 Teilnehmer betreut werden. Die Aufnahme ist jederzeit ohne Wartezeit möglich. Die Maßnahmedauer ist grundsätzlich unbefristet angelegt, sodass je nach individueller Situation möglichst nachhaltige Effekte erzielt werden können.

Das Konzept kennzeichnet sich durch eine besondere Phasenstruktur:

1. Clearing

In einer Einstiegs- bzw. **Clearingphase** steht die gemeinsame Entwicklung einer Eingliederungsstrategie in Ausbildung oder Arbeit auf Basis einer konkreteren und verbindlichen Eingliederungsvereinbarung im Vordergrund. Diese ist die „vertragliche“ Grundlage für den angestrebten Vermittlungs- und Qualifizierungsprozess.

2. Trainingsmodule

Im Rahmen von zwei- bis fünftägigen Gruppenveranstaltungen zielt die anschließende **Trainingsphase** u. a. auf die Ermittlung der eigenen Potenziale, die Verbesserung von Schlüsselqualifikationen, das Üben von Kulturtechniken, Bewerbungstraining und Selbstmarketing ab. Diese ein- bis vierwöchige Phase ist Voraussetzung für die anschließende Fachqualifizierung, die Absolvierung von Betriebspraktika oder die Vermittlung. Gleichzeitig wird in dieser Phase auf vorliegende



„homogene“ Qualifizierungsbedarfe (z. B. Sprachkurse speziell für Migranten) mit gesonderten Seminarangeboten reagiert.

3. Fachqualifizierung

Die zwei- bis achtwöchige **Fachqualifizierung** dient der gezielten Aneignung beruflicher Fertigkeiten und beinhaltet die Vermittlung von Grund- und Spezialkenntnissen je nach Vorbildung und Eignung der Arbeitsuchenden. Fachkunde wird in verschiedenen handwerklichen, serviceorientierten sowie kaufmännischen Qualifizierungsbereichen angeboten.

4. Betriebspraktika

Betriebspraktika von unterschiedlicher Dauer und Zielsetzung sollen den Teilnehmern eine erste Orientierung in der Arbeitswelt bzw. eine greifbare Anbahnung eines Beschäftigungsverhältnisses ermöglichen.

5. Arbeitsvermittlung

Die Phase der **Arbeitsvermittlung** richtet sich vor allem auf eine passgenaue Abstimmung von Stellenanforderungen und individueller Eignung (Matching), wobei auch hier eine aktive Mitgestaltung durch den Teilnehmer Bestandteil des Prozesses ist. In Hinblick auf die Stellenakquise werden sowohl die Stellenpools der Bundesagentur für Arbeit als auch Zugangsmöglichkeiten verschiedener Verbände/Kammern genutzt. Die Akquise von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen wird dabei auch durch den Außendienst der Stabsstelle durchgeführt.

6. Coaching und Nachbetreuung

Besonders hervorzuheben ist die umfangreiche individuelle Betreuung (Coaching) der Teilnehmer durch einen festen Ansprechpartner während der gesamten Maßnahme. Dieser Coach arbeitet zusätzlich eng mit den zuständigen Fall- und Eingliederungsmanagern der Stadt Schweinfurt zusammen. Weitere Unterstützung wird durch ein mobiles Sozialmanagement bei psychischen oder sozialen Problemen gewährleistet. Im Rahmen dieser aufsuchenden Sozialarbeit werden z. B. Teilnehmer mit hohen Fehlzeiten zu Hause aufgesucht und ggf. an Beratungsstellen (bspw. Suchtberatung) weitervermittelt. Weiterhin wird auch bei erfolgreicher Vermittlung eine individuelle Nachbetreuung ermöglicht.

Die Durchführung des Programms findet auf Vollzeitbasis statt, d. h. einer verbindlich festgelegten und konsequent eingeforderten Präsenzpflcht. Zugleich wird der Motivationsgrad nach Quantität und Qualität der Eigenbemühungen und Mitgestaltung der Teilnehmer ermittelt und die damit verbundene Erfolgsaussicht überprüft. Gleichzeitig zeichnet sich die Maßnahme „PAQT“ durch hohe Durchlässigkeit aus, d. h. die Jugendlichen müssen nicht alle Phasen durchlaufen, sondern sie können Phasen überspringen. Daneben kann es jedoch auch notwendig sein, dass eine bereits

durchlaufene Phase wiederholt werden muss, weil eine persönliche Veränderung eingetreten ist. Im Rahmen eines Qualitätsmanagementsystems werden alle Ergebnisse (z. B. des Profilings) sowie durchgeführte Vermittlungsaktivitäten dokumentiert.

Insbesondere der kooperative und konstruktive Austausch mit den Mitarbeitern der Stabsstelle für Beschäftigung und Grundsicherung ermöglicht es, Informationen effizient zu nutzen und trägt wesentlich zum Erfolg des Programms bei. Ein weiteres Merkmal ist die Ergänzung von PAQT durch weitere Maßnahmen, bei denen mit anderen Bildungsträgern kooperiert wird. Dazu zählen Lehrgänge zum Nachholen von Schulabschlüssen, wobei „PAQT“ begleitend Hausaufgabenbetreuung und Stützunterricht mit verbindlicher Teilnahme durchführt. Außerdem sind Projekte zur Begleitung und Förderung während der Ausbildung (Kooperative Ausbildung) und zum Auffangen von Jugendlichen, die mit Sanktionen belegt wurden angegliedert.

Im Maßnahmenzeitraum 2006 betrug die Gesamtteilnehmerzahl von „PAQT“ 426 Personen. Zum 31.12.2006 haben davon 81 Jugendliche eine betriebliche bzw. kooperierende oder schulische Ausbildung begonnen und 75 Jugendliche – also 17,6 Prozent – konnten in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden, womit das anfänglich vereinbarte Ziel von 10 Prozent überschritten wurde.

4.2 Landkreis St. Wendel:

Die Jugendberufshilfe im Landkreis St. Wendel – Ein Netzwerk für benachteiligte junge Menschen

Grundlage für den Beginn eines eigenverantwortlichen Lebens ist der Erwerb eines Hauptschulabschlusses und eine passende berufliche Ausbildung. Ein fehlender Schulabschluss, problematisches Sozialverhalten und Überforderung in Theorie und Praxis führen dazu, dass die betroffenen Jugendlichen in der Regel keine Lehrstelle finden und meist in einen Hartz IV-Bezug münden. Das Projekt „Jugendberufshilfe St. Wendel“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, benachteiligten und von schulischen Misserfolgen geprägten Jugendlichen Perspektiven im Hinblick auf eine erfolgreiche berufliche Eingliederung zu ermöglichen. Das Projekt startete erstmals im Jahr 2002 und wird vom Saarland aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds finanziell unterstützt.

In der Jugendberufshilfe sind sechs pädagogische Fachkräfte des Landkreises tätig, die organisatorisch der Kommunalen Arbeitsförderung, der für die Umsetzung des SGB II verantwortlichen Einrichtung, zugeordnet sind. Von dort aus wird auch der Integrationsprozess gesteuert, da hier ein vitales Eigeninteresse an der beruflichen Integration dieses Personenkreises besteht. Die Hilfen setzen unmittelbar am Übergang von der Schule zum Beruf an, wobei die Unterstützung und Förderung den Bezug von Leistungen nach dem SGB II nicht voraussetzt.



Das Konzept der Jugendberufshilfe im Landkreis St. Wendel besteht aus einem System verschiedener, aufeinander abgestimmter und aufbauender Module, die innerhalb eines mehrjährigen Zeitraumes eine Alternative für diejenigen Jugendlichen darstellen, die ohne spezifische Unterstützung zu scheitern drohen. Dabei weisen die schulischen Inhalte der Bildungskonzepte eine deutliche Einschränkung der theoretischen Anteile zugunsten einer Erhöhung der Praxisanteile auf.

Aufsuchende Jugendberufshilfe

Im Rahmen der aufsuchenden Jugendhilfe besucht ein Mitarbeiter in regelmäßigen Abständen alle weiterführenden Schulen im Landkreis St. Wendel. In enger Absprache mit den jeweiligen Lehrkräften, dem Jugendamt, den Schoolworkern und den Fallmanagern werden diejenigen Schüler beraten, die vom Lehrpersonal als schwer vermittelbar eingeschätzt werden und von den Angeboten der Berufsberatung nicht erreicht werden. Innerhalb dieser aufsuchenden Arbeit sollen den Jugendlichen schulische und berufliche Alternativen aufgezeigt werden. Gleichzeitig dient sie der frühzeitigen Erfassung von Jugendlichen mit Vermittlungshemmnissen und ermöglicht deren Zuführung zum passenden Hilfesystem.

Praxisklasse

Zielgruppe der Praxisklasse sind Jugendliche, die am Ende des Schuljahres ihre neunjährige Schulpflicht erfüllt haben, die Schule aber ohne Abschluss verlassen. Die Praxisklasse ist ein vom saarländischen Kultusministerium anerkanntes Schulmodell. Die Schüler erhalten einen reduzierten Unterricht, der sich auf die wesentlichen Fächer begrenzt, wobei die Klasse von einem festen Lehrplan entbunden und räumlich ausgegliedert ist. Die Verknüpfung der schulischen Lerninhalte mit der Praxis erfolgt bei Bildungs- und Beschäftigungsträgern und in den jeweiligen Werkstattbereichen der Berufsbildungszentren. Im Rahmen der Praxisklassen wird auf ein Praktikum in der realen Arbeitswelt verzichtet, da die Erfahrung zeigt, dass oftmals weitere Misserfolge und Enttäuschungen auf Seiten der Jugendlichen und der Betriebe drohen. Ziel der Praxisklasse ist es, die Jugendlichen aus dem unmittelbaren Erfolgsdruck einer schulischen Leistungsüberprüfung herauszunehmen und ihnen mit praktischen Tätigkeiten wieder Freude am Lernen und Arbeiten zu ermöglichen.

Produktionsschule

In der Produktionsschule werden Schüler aufgenommen, die keinen Ausbildungsplatz finden konnten und während ihres neunjährigen Vollzeitschulbesuchs keine Versetzung erhalten haben. Die Produktionsschule gehört zu den berufsbildenden Schulen. Während dieses einjährigen Schulmodells führen die Schülerinnen und Schüler unter Anleitung kleinere Produktionsaufträge aus. Den Jugendlichen wird hierbei nicht nur Wissen vermittelt, sondern sie können mitbestimmen und lernen, Verantwortung zu tragen. Die Produktionsprozesse werden zusätzlich durch schulischen Unterricht begleitet. Die pädagogische Fachkraft prüft zusammen mit den Lehrern die Aus-

bildungsreife. Ist diese gegeben, wird die Integration in einen Ausbildungsberuf angestrebt. Ansonsten wird der Übergang in das Dualisierte Berufsgrundbildungsjahr/Berufsgrundschule (BGJ/BGS), in ein Beschäftigungsverhältnis oder in andere Hilfen vorbereitet.

Dualisiertes Berufsgrundbildungsjahr/Berufsgrundschule

Das Dualisierte BGJ/BGS ist die Alternative zum schulischen BGJ/BGS. Die Jugendlichen absolvieren in diesem Schulmodell ein Jahr lang an drei Tagen in der Woche ein betriebliches Praktikum im kaufmännischen, technischen oder sozialen Bereich. Lediglich an zwei Tagen in der Woche wird die Schule besucht. Neben der Betreuung der Jugendlichen sind die Akquise der Praktikumsplätze und die anschließende Anbahnung der Ausbildungsverhältnisse die entscheidenden Aufgaben.

Die Jugendberufshilfe St. Wendel ist ein präventives Gesamtkonzept, das aktiv ansetzt, bevor die berufliche Integration von Jugendlichen zum Problem geworden bzw. nicht gelungen ist. Mit dem Konzept wird Jugendlichen geholfen, durch intensive Betreuung und Hilfestellung die Zugangsbarrieren zu Ausbildung und Arbeitsmarkt zu überwinden und ihre Integrationschancen zu nutzen. Die einzelnen Module und deren Abstimmung mit dem SGB II gewährleisten die notwendige Kontinuität der pädagogischen Betreuung und verhindern ineffiziente Mehrfachstrukturen. Das System einer solchen Jugendberufshilfe setzt zudem das vernetzte Handeln der Akteure, vor allem von Schulen, Kultus- und Arbeitsministerium, der SGB II-Träger und Jugendhilfeträger voraus.

Durch die Jugendberufshilfe St. Wendel konnten im Jahr 2006 fast 50 Prozent der Schüler des Dualisierten BGJ in eine duale Ausbildung vermittelt werden. Insgesamt erhalten jährlich fast 60 junge Menschen einen Ausbildungsplatz. Über 80 Prozent der Jugendlichen der Produktionsschule, die zum Hauptschulabschluss angemeldet werden konnten, haben die Prüfung bestanden.

4.3 Main-Kinzig-Kreis:

Sichtungs-/Clearingstellen zur Vorprüfung des Rechtsanspruchs auf Leistung

Im Rahmen der Umsetzung des SGB II hat der Main-Kinzig-Kreis vier Regionalzentren gebildet, in denen die Aufgaben in den Bereichen Leistungsgewährung, Fallmanagement sowie Vermittlung wahrgenommen werden. Eine besondere Einrichtung in diesen Regionalzentren sind die so genannten Sichtungs- bzw. Clearingstellen, die das Fallmanagement und die Leistungssachbearbeitung nachhaltig entlasten. Mit Einrichtung der Sichtungsstellen ist das Ziel verbunden, eine zeitnahe Reaktion auf Neuansprüche sicherzustellen, den Kunden eine klare Orientierung zu ermöglichen und gleichzeitig eine schnelle Einleitung geeigneter Maßnahmen zur beruflichen Integration und Zuleitung zu den Bereichen Fallmanagement und/oder Arbeitsvermittlung zu gewährleisten.



Zu den Aufgaben der Sichtungsstellen gehört zum einen, nach Eingang und Registrierung des SGB II-Antrags in den Servicebüros der Regionalzentren diesen einer Grobprüfung hinsichtlich des ALG II-Anspruchs zu unterziehen. Im Falle einer erkennbaren Ablehnung wird der Antrag mit entsprechendem Hinweis auf voraussichtliche Hilfeablehnung der Leistungssachbearbeitung zugeleitet. Ergibt die Grobprüfung einen Leistungsanspruch, bekommen alle als erwerbsfähig einzustufenden Personen der Bedarfsgemeinschaft innerhalb von fünf Werktagen einen Termin bei der Sichtungsstelle. Damit verbunden ist eine Aufforderung ggf. fehlende Unterlagen sowie eine Bewerbungsmappe und einen ausgefüllten Kurzprofilbogen vorzulegen. Bei unentschuldigter Nichtwahrnehmung des Gesprächstermins erfolgt unmittelbar eine Meldung an das Fallmanagement und die Leistungsbearbeitung, um zeitnah mit möglichen Sanktionen reagieren zu können.

Zum anderen wird den Antragstellenden im Rahmen des Erstgesprächs die Arbeitsweise und Methodik zur Vermittlung auf den ersten Arbeitsmarkt erläutert. Aufgabe der Sichtungsstelle ist es dabei, im Rahmen eines „Assessments“ ein erstes Bild der Grundproblematik und der Ressourcen des Ratsuchenden zu gewinnen und ein Kurzprofil zu erstellen bzw. den Lebenslauf zu vervollständigen. Soweit möglich, erfolgt bereits gleichzeitig die Zielgruppenzuordnung anhand festgelegter Kriterien. Bei erkennbarer sofortiger Vermittlungsfähigkeit wird ein Vermittlungs-Profil erstellt und ein Vermittlungsauftrag an den Bereich Arbeitsvermittlung erteilt. Im Falle keiner sofortigen Vermittlungsfähigkeit werden entweder

- a) sofortige Maßnahmen (z. B. gemäß Arbeitsgelegenheiten) eingeleitet oder
- b) eine Empfehlung an das Fallmanagement zur möglichen Einleitung erster berufsfördernder Handlungsschritte abgegeben, um die Vermittlungshemmnisse abzubauen, z. B. interne Trainings- oder Qualifizierungsmaßnahmen der „Gemeinnützigen Gesellschaft für Arbeit, Qualifizierung und Ausbildung mbH“ (AQAA), externe Bildungsmaßnahmen oder Abschluss einer Eingliederungsvereinbarung.

Während des Gesprächs in der Sichtungsstelle erfolgt die Dokumentation des Erstkontakts einschließlich aller personenbezogenen Daten per EDV. Innerhalb von zehn Werktagen nach diesem Erstgespräch erhält der Kunde einen verbindlichen Termin einschließlich Rechtsfolgenbelehrung beim zuständigen Fallmanager.

Durch die Sichtungsstellen wird bereits zu einem frühen Zeitpunkt ein offenes und transparentes Arbeitsbündnis geschaffen. Die Arbeitsuchenden werden frühzeitig über den Prozess des Fallmanagements und die damit verbundenen Möglichkeiten und Anforderungen aufgeklärt und gleichzeitig zur Mitarbeit aktiviert.

4.4 Landkreis Osterholz:

Zusammenarbeit des Landkreises Osterholz mit einer überregionalen Gründerwerkstatt für Existenzgründungen

Existenzgründern im Landkreis Osterholz steht im Laufe ihres Gründungsprozesses ein umfassendes Betreuungsnetzwerk zur Verfügung: die Wirtschaftsförderung bietet eine intensive Erstberatung, das NETZ-Zentrum für innovative Technologie dient als Standort für junge Unternehmen und unterstützt insbesondere in der Umsetzungsphase, und die ProArbeit plant und entwickelt gezielte Weiterbildungsmaßnahmen für Existenzgründer und Jungunternehmer. Die Gründungswerkstatt bildet eine Ergänzung zu den bestehenden Angeboten. Sie entstand aufgrund der Erfahrung, dass gerade in der Gründungs- und Umsetzungsphase eine intensivere Begleitung von jungen Unternehmern und ein gezielter fachbezogener Input die Nachhaltigkeit der Existenz des Unternehmens verbessern können. Das grundlegende Ziel der Gründungswerkstatt Osterholz-Scharmbeck ist die Vermittlung von ALG II-Empfängern aus der Arbeitslosigkeit in die Selbstständigkeit auf Basis einer qualifizierten Vorbereitungsphase.

Das Modell Gründungswerkstatt umfasst eine vierwöchige Maßnahme in der gründungswillige ALG II-Empfänger im Landkreis Osterholz systematisch auf die Erstellung ihres Businessplanes und damit die Vorbereitung ihrer Gründung hinarbeiten. Die Teilnahme ist in der Regel verpflichtend, Ausnahmeregelungen können in Absprache mit der Wirtschaftsförderung getroffen werden.

Der Einstieg in die Werkstatt erfolgt nach Anmeldung durch die Fallmanager der ProArbeit, die im Falle eines Gründungsinteresses die Erstberatung vornehmen. Die Teilnehmer erhalten in den folgenden vier Wochen in der Gründungswerkstatt grundlegende Informationen unter anderem zu Themen wie Finanzierung, Verwaltung, Marketing, welche die Basis für ihren Businessplan darstellen. Diese Fachinformationen werden zweimal wöchentlich in Halbtagesseminaren, zu denen sich die ganze Gruppe trifft, vermittelt. Neben den Seminaren bleibt ausreichend Raum für eine tiefer gehende Betreuung und zur Klärung von Einzelfragen. Dazu zählen eine individuelle Meilensteinplanung, Ideen- und Erfahrungsaustausch sowie Überarbeitung der Arbeitsergebnisse. Die übrige Zeit soll für eigene Recherchen und Arbeit am Konzept genutzt werden. Hierfür stehen im NETZ Arbeitsräumlichkeiten mit EDV-Kommunikationsausrüstung (Rechner, Drucker, Telefon, Internet, Software) inklusive Betreuung zur Verfügung.

Als Ergebnis der Gründungswerkstatt soll nicht nur ein erster Businessplan vorliegen, sondern darüber hinaus ein grundsätzliches Bewusstsein für die zukünftigen Aufgaben- und Verantwortungsschwerpunkte eines Unternehmers geschaffen werden. Im Rahmen einer Abschlussbesprechung werden die Ergebnisse gemeinsam mit dem Teilnehmer erörtert und ein Empfehlungsschreiben an die Wirtschaftsförderung des Landkreises sowie den zuständigen Fallmanager ausgestellt. Im Anschluss an die Gründungswerkstatt erfolgt ein qualifiziertes Beratungsgespräch mit der



Wirtschaftsförderung, in dem letzte Detailfragen geklärt werden können. Die eigentliche Gründung wird vom jeweiligen Teilnehmer eigenständig vollzogen.

Die Gründungswerkstatt startete im Laufe des Jahres 2006. Bis Dezember 2006 haben 34 Personen die Werkstatt durchlaufen. Die Laufzeit der Gründungswerkstatt Osterholz-Scharmbeck ist zunächst begrenzt bis zum 31.12.2007. Eine anschließende Evaluation wird über ihre Zukunftsfähigkeit entscheiden.

4.5 Landkreis Döbeln:

Kombination einer Maßnahme nach der Mehraufwandsvariante mit dem Erwerb eines Führerscheins

Auf Grundlage der Experimentierklausel nach § 6a Abs. 1 Satz 2 SGB II ist die Erbprobung der zur Umsetzung des SGB II zugelassenen kommunalen Träger insbesondere auch auf alternative Modelle der Eingliederung von Arbeitssuchenden im Wettbewerb zu den Eingliederungsmaßnahmen der Agenturen für Arbeit ausgerichtet. Gemäß den Bestimmungen des § 16 Abs. 2 SGB II ist die Gewährung von über die Regelinstrumente des § 16 Abs. 1 SGB II hinausgehenden Ermessensleistungen unter bestimmten Voraussetzungen möglich.

Der Landkreis Döbeln hat in diesem Zusammenhang ein Eingliederungsprojekt entwickelt, das speziell auf grundsätzlich arbeitsmarktnahe ALG II-Empfänger ausgerichtet ist, die nicht im Besitz eines Führerscheins sind. Eine fehlende Fahrerlaubnis und die damit verbundene fehlende Mobilität stellen im Hinblick auf die Integration dieser Personengruppe auf dem ersten Arbeitsmarkt ein wesentliches Vermittlungshemmnis dar. Im Landkreis Döbeln wird mit der Teilnahme an einer Maßnahme nach der Mehraufwandsvariante der Erwerb einer Fahrerlaubnis kombiniert.

Das Konzept sieht die Teilnahme erwerbsfähiger Hilfebedürftiger an einer Arbeitsgelegenheit nach der Mehraufwandsvariante (gem. § 16 Abs. 3 SGB II) vor, die gleichzeitig eine theoretische und praktische Fahrschulausbildung beinhaltet. Das Ziel ist es, dass neben Eingliederungszielen wie der Erhaltung der beruflichen Handlungsfähigkeit auch der Erwerb eines Führerscheins der Klasse B erreicht werden. Die finanzielle Mehraufwandsentschädigung (MaE), die sonst der Teilnehmer erhält, wird in dieser kombinierten Maßnahme nicht ausgezahlt, sondern während der Maßnahme auf einem Treuhandkonto angelegt und verwaltet. Die so „angesparte“ Mehraufwandsentschädigung von 125 Euro pro Monat und Teilnehmer (1,25 Euro pro Stunde) dient der Finanzierung des Führerscheins, den der Teilnehmer somit gewissermaßen selbst finanziert.

Die Dauer der Maßnahme beträgt insgesamt 12 Monate. Während dieser Zeit erfolgt jeweils an drei Tagen in der Woche (montags bis mittwochs) ein Einsatz in einem den Anforderungen an Ar-

beitsangelegenheiten nach der Mehraufwandsvariante im Sinne des SGB II entsprechenden Tätigkeitsfeld. Die Durchführung des Einsatzes geschieht möglichst ortsnah, um so die Entstehung von Fahrkosten zu vermeiden. Die Kosten für den MaE-Träger betragen monatlich 55 Euro pro Teilnehmer. An den verbleibenden zwei Wochentagen findet sowohl die Vorbereitung auf die Fahrschul-ausbildung durch einen Bildungsträger als auch die Absolvierung der theoretischen und praktischen Ausbildung bei ortsansässigen Fahrschulen statt. Gleichzeitig werden weitere verschiedene Qualifizierungsinhalte (z. B. soziale Kompetenzen, Bewerbungstraining und -strategien sowie berufsbezogene Fähig- und Fertigkeiten) durch den kooperierenden Bildungsträger angeboten.

Das erstmalig am 10.7.2006 mit 24 Teilnehmern in Döbeln gestartete Projekt läuft sehr erfolgreich und hat ein überaus positives Presseecho ausgelöst. Aus diesem Grund wird es bereits im Mai 2007 für weitere 24 Personen mit einem zweiten, einjährigen Projektlauf fortgesetzt. Die Erfahrungen im Landkreis Döbeln zeigen, dass durch die Möglichkeit zum Erwerb des Führerscheins und der damit verbundenen überregionalen Vermittelbarkeit die Motivation der Teilnehmer für diese Maßnahme überaus hoch ist.



5. Ausblick: Weiterentwicklung des Benchmarkings in 2007

Zum Schluss dieses Berichts steht die Frage nach der weiteren Ausrichtung des SGB II-Benchmarkings der Optionskommunen im Mittelpunkt. Die vielversprechenden Ergebnisse zum Ende des Jahres 2006 erlauben einen Blick auf künftige Entwicklungsschritte hinsichtlich bisheriger und neuer Zielsetzungen.

Während der Fokus bislang auf der Ermittlung und Validierung der Kennzahlen lag, gilt es in 2007 eine verstärkt analytische und qualitativ bewertende Perspektive einzunehmen, in der die Erklärung der Kennzahlenunterschiede innerhalb der Vergleichsringe in den Mittelpunkt der Untersuchung rückt. Dabei ist zu erörtern, ob – und falls ja – welche spezifischen Rahmenbedingungen zu unterschiedlichen Kennzahlenausprägungen führen und wie vor Ort auf unterschiedliche Herausforderungen reagiert wird. In diesem Zusammenhang wird weiterhin und zunehmend insbesondere das Voneinanderlernen im Vordergrund stehen, wobei weitere gute Praxisbeispiele identifiziert und hinsichtlich ihrer Übertragbarkeit überprüft werden.

Inhaltlich sollte das Analysespektrum zudem verstärkt auch auf den Bereich des Fallmanagements ausgeweitet werden. Damit wird der Blick zusätzlich zu den Vermittlungsleistungen auch auf Aktivitäten und Ergebnisse hinsichtlich der Herstellung von Beschäftigungsfähigkeit für Personen mit multiplen Vermittlungshemmnissen gerichtet. Hier gilt es, insbesondere die Nutzung, Anwendung und Wirkung von Maßnahmen gemäß § 16 Abs. 2 des SGB II zu betrachten sowie die diesbezüglich unterschiedlichen etablierten Organisationsformen bei den Trägern der Grundversorgung zu identifizieren und zu diskutieren.

Eine weitere Schwerpunktsetzung wird in 2007 auf der Weiterentwicklung eines systematischen Berichtswesens liegen, um so eine transparente und verlässliche Grundlage für die Steuerung der SGB II-Umsetzung zur Verfügung zu stellen. Der hier vorliegende Jahresbericht stellt einen ersten Schritt für ein solches Berichtswesen dar. Perspektivisch gilt es, in regelmäßigen Abständen eine strukturierte und vergleichende Aufbereitung sowie Auswertung der erhobenen Daten vorzunehmen.

Nicht zuletzt ist selbstverständlich die weitere Teilnahme aller 69 Optionskommunen ein Erfolgskriterium für das SGB II-Benchmarking. Dies ist nicht nur zielführend, um weiterhin aussagekräftige Resultate erzielen zu können und somit die Aufgabenwahrnehmung durch komparative Analysen effizient und erfolgreich zu gestalten. Durch ein geschlossenes „An-einem-Strang-Ziehen“ und entsprechendes Auftreten werden zudem wichtige und wirkungsvolle Signale nach außen gesendet. Dabei kann insbesondere eine noch intensivere Einbindung der Führungskräfte in das Benchmarking nachhaltige Impulse geben.

6. Anhang

Vorbemerkung

In vereinzelten Fällen konnten von Optionskommunen einzelne Kennzahlen nicht valide für das gesamte Jahr 2006 geliefert werden. In diesen Fällen wurde auf die Angabe von Näherungswerten verzichtet. Einzelne freie Felder sind in den Übersichten so zu erklären.

Jahreszahlen-Vergleichsring 1

Struktur- und Kennzahlen	Ennepe-Ruhr-Kreis	Erlangen	Hochtaunuskreis	Jena	Kreis Bergstraße	LK Darmstadt-Dieburg	Main-Taunus-Kreis	Schweinfurt
Ø Einwohnerzahl	343.733	103.197	227.616	101.317	265.777	290.178	224.091	54.325
Ø Anzahl Bedarfsgemeinschaften pro Monat	15.142	2.736	4.238	6.573	8.465	7.680	4.096	3.213
Ø Größe der Bedarfsgemeinschaften	1,71	1,84	1,98	1,57	1,91	1,98	1,98	1,89
Ø Arbeitslosenquote (gesamt)	10,06	6,96	5,66	11,08	8,53	8,63	6,17	10,74
Ø Arbeitslosenquote SGB II	6,40	3,93	2,86	5,84	5,95	4,53	2,98	7,15
Ø Eingliederungsquote pro Monat (gesamt)	1,54	2,75	2,17	2,04	1,08	1,94	2,00	2,65
Ø Eingliederungsquote pro Monat (U25)	1,28	3,08	2,28	2,69	1,85	1,46	1,54	3,26
Ø Aktivierungsquote pro Monat (gesamt)	19,18	21,10	19,18	18,22	8,20	7,95	10,67	29,40
Ø Aktivierungsquote pro Monat (U25)	13,92	20,85	24,04	36,46	16,87	8,55	12,56	40,49
Ø Beschäftigungsquote pro Monat	19,89	20,40	24,37	21,12	19,21	20,94	23,95	22,96
Ø Quote der monatlich neu ausgesprochenen Sanktionen (gesamt)	1,37	1,49	0,81	0,76	0,82	0,79	1,13	1,34
Ø Quote der monatlich neu ausgesprochenen Sanktionen (U25)	1,34	2,14	1,11	1,11	1,14	1,18	1,59	1,30
Ø monatliche Gesamtkosten pro Bedarfsgemeinschaft	1.007,11	1.052,56	1.132,04	839,53	1.036,24	1.074,59	1.184,32	1.054,82
Ø monatliche Kosten für Transferleistungen pro BG	834,46	854,05	973,54	627,00	863,34	987,67	1.022,37	883,78
Ø monatliche Kosten der Unterkunft pro BG	293,50	301,07	365,92	243,93	319,62	320,85	392,26	272,45
Ø monatliche Verwaltungskosten pro BG	83,78	106,61	113,93	56,35	66,74	84,98	102,72	79,22
Ø monatliche Eingliederungskosten pro eHb	82,02	71,16	50,33	99,22	38,42	36,38	67,87	81,46

Jahreszahlen-Vergleichsring 2

Struktur- und Kennzahlen	Kreis Düren	Kreis Kleve	Kreis Minden-Lübbecke	LK Osterholz	LK Rotenburg (Wümme)	LK St. Wendel	LK Verden	Main-Kinzig-Kreis	Odenwald-kreis	Rheingau-Taunus-Kreis
Ø Einwohnerzahl	272.816	306.868	321.964	112.443	164.649	94.437	134.160	410.050	100.124	184.828
Ø Anzahl Bedarfs-gemeinschaften pro Monat	11.424	8.247	11.279	3.162	5.552	2.566	4.562	11.759	2.782	3.809
Ø Größe der Bedarfs-gemeinschaften	1,91	2,06	1,96	2,01	2,00	1,82	2,08	1,97	2,07	2,06
Ø Arbeitslosenquote (gesamt)	11,27	9,36	9,39	8,21	8,10	6,92	7,88	7,71	8,48	6,57
Ø Arbeitslosenquote SGB II	7,52	5,50	5,66	4,71	5,04	3,76	4,53	4,12	4,88	3,92
Ø Eingliederungsquote pro Monat (gesamt)	1,70	2,17	2,33	1,98	1,61	2,20	2,00	1,66	1,36	2,35
Ø Eingliederungsquote pro Monat (U25)	1,94	1,75	1,16	2,45	1,14	2,96	1,84	1,01	1,36	2,49
Ø Aktivierungsquote pro Monat (gesamt)	9,29	7,84	18,39	13,76	7,27	17,07	9,13	11,47	9,38	7,73
Ø Aktivierungsquote pro Monat (U25)	12,91	10,02	16,14	20,00	6,70	25,73	18,08	15,34	9,56	8,44
Ø Beschäftigungsquote pro Monat	18,90	25,53	25,87	23,96	22,52	28,72	24,86	19,67	22,49	20,22
Ø Quote der monatlich neu ausgesprochenen Sanktionen (gesamt)	1,18	1,95	2,31	0,82	1,24	0,51	1,01	1,37	0,52	0,83
Ø Quote der monatlich neu ausgesprochenen Sanktionen (U25)	1,86	1,79	2,52	0,99	1,00	1,16	1,81	1,93	0,75	1,12
Ø monatliche Gesamtkosten pro Bedarfs-gemeinschaft	1.021,05	1.099,92	1.087,58	1.018,35	992,49	1.046,90	1.014,46	1.083,21	1.119,96	1.139,35
Ø monatliche Kosten für Transferleistungen pro BG	889,53	912,86	915,62	852,09	845,05	869,49	846,61	905,12	934,35	916,07
Ø monatliche Kosten der Unterkunft pro BG	287,73	299,48	305,66	294,81	286,72	277,12	305,76	337,65	315,95	317,35
Ø monatliche Verwaltungskosten pro BG	78,61	85,13	74,52	99,43	95,46	62,87	78,97	91,83	92,33	115,03
Ø monatliche Eingliederungskosten pro eHb	55,07	70,24	70,47	49,08	41,13	84,89	67,11	64,33	67,97	86,83

Jahreszahlen-Vergleichsring 3

Struktur- und Kennzahlen	LK Bautzen	LK Döbeln	LK Göttingen	LK Kamenz	LK Löbau- Zittau	LK Merseburg- Querfurt	LK Oberhavel	LK Oder- Spree	Mulden- talkreis
Ø Einwohnerzahl	150.707	72.687	261.805	150.832	143.691	132.205	198.959	190.728	131.959
Ø Anzahl Bedarfsgemeinschaften pro Monat	11.468	6.284	11.456	8.872	12.971	12.533	13.715	14.780	9.613
Ø Größe der Bedarfsgemein- schaften	1,77	1,75	1,74	1,85	1,81	1,72	1,74	1,73	1,77
Ø Arbeitslosenquote (gesamt)	19,23	15,80	12,48	14,58	18,71	17,92	16,38	16,99	17,38
Ø Arbeitslosenquote SGB II	12,16	10,03	8,59	7,88	11,48	11,70	10,67	12,56	10,82
Ø Eingliederungsquote pro Monat (gesamt)	2,15	1,96	1,26	1,43	1,78	1,28	1,55	1,96	1,71
Ø Eingliederungsquote pro Monat (U25)	3,26	1,88	0,82	1,29	0,86	1,35	1,63	1,70	2,00
Ø Aktivierungsquote pro Monat (gesamt)	13,77	21,68	18,76	17,28	37,49	25,58	15,31	20,15	17,83
Ø Aktivierungsquote pro Monat (U25)	23,83	31,97	20,15	10,31	38,29	17,49		16,32	25,03
Ø Beschäftigungsquote pro Monat	23,08	19,90	12,53	24,33	23,68	21,34	22,44	24,87	21,92
Ø Quote der monatlich neu ausge- sprochenen Sanktionen (gesamt)	0,47	0,28	0,47	0,28	0,35	0,12	0,48	0,21	0,47
Ø Quote der monatlich neu aus- gesprochenen Sanktionen (U25)	1,32	1,01	1,21	0,54	1,03	0,50	1,03	0,36	0,76
Ø monatliche Gesamtkosten pro Bedarfsgemeinschaft	1.018,36	942,15	1.075,67	994,02	1.020,76	987,56	963,34	983,78	972,42
Ø monatliche Kosten für Transferleistungen pro BG	795,09	730,90	863,80	781,10	780,94	755,52	751,18	777,62	780,23
Ø monatliche Kosten der Unterkunft pro BG	224,31	228,97	291,40	223,34	218,58	235,00	254,76	251,85	232,09
Ø monatliche Verwaltungskosten pro BG	69,37	71,26	106,13	83,39	67,49	47,04	68,25	72,80	70,37
Ø monatliche Eingliederungs- kosten pro eHb	110,48	98,68	81,74	89,74	116,16	136,23	82,78	98,50	83,63

Jahreszahlen-Vergleichsring 4

Struktur- und Kennzahlen	Bodensee-kreis	Kreis Borken	Kreis Coesfeld	Kreis Steinfurt	LK Osnabrück	LK Peine	LK Südwest-pfalz	LK Tuttlingen	LK Würzburg	Ortenau-kreis
Ø Einwohnerzahl	205.957	367.950	221.110	443.667	359.735	134.492	103.477	135.194	160.021	416.156
Ø Anzahl Bedarfs-gemeinschaften pro Monat	3.599	9.649	4.639	11.325	9.850	5.484	2.419	2.653	1.980	8.961
Ø Größe der Bedarfs-gemeinschaften	1,87	2,08	1,89	2,06	2,08	2,01	1,80	1,87	1,93	2,01
Ø Arbeitslosenquote (gesamt)	4,74	7,85	6,77	6,89	7,98	10,61	7,18	5,10	4,68	6,18
Ø Arbeitslosenquote SGB II	2,28	4,45	3,98	3,76	4,33	6,68	2,94	2,45	1,41	3,24
Ø Eingliederungsquote pro Monat (gesamt)	2,85	2,53	3,39	2,50	2,78	1,32	2,56	2,60	2,39	2,47
Ø Eingliederungsquote pro Monat (U25)	2,82	2,39	2,74	2,12	3,51	1,50	2,94	2,01	3,64	1,69
Ø Aktivierungsquote pro Monat (gesamt)	16,23	12,28	19,62	12,82	10,09	11,91	16,10	14,61	16,25	11,36
Ø Aktivierungsquote pro Monat (U25)	17,75	16,36	18,72	12,90	15,05	15,45	16,24	15,91	13,23	
Ø Beschäftigungs- quote pro Monat	28,35	26,72	31,12	25,05	23,96	20,59	26,44	22,25	26,48	27,99
Ø Quote der monatlich neu ausgesprochenen Sanktionen (gesamt)	1,44	1,05	1,09	0,81	1,06	0,78	0,71	1,38	1,58	1,26
Ø Quote der monatlich neu ausgesprochenen Sanktionen (U25)	0,92	1,39	1,43	1,13	1,75	2,22	1,04	1,55	1,50	1,77
Ø monatliche Gesamt- kosten pro Bedarfs- gemeinschaft	980,48	1.068,38	1.127,03	1.070,20	1.004,48	1.096,24	937,11	945,76	1.015,01	953,45
Ø monatliche Kosten für Transferleistungen pro BG	831,21	876,49	915,84	890,67	866,78	901,99	741,77	753,61	857,66	794,90
Ø monatliche Kosten der Unterkunft pro BG	306,32	298,98	317,65	302,91	275,33	303,40	188,96	278,38	278,80	279,70
Ø monatliche Verwal- tungskosten pro BG	90,50	87,61	85,15	84,30	76,73	84,97	94,33	80,40	86,56	98,18
Ø monatliche Eingliederungskosten pro eHb	42,07	74,10	93,29	77,74	54,18	78,12	76,86	84,94	59,93	59,96

Jahreszahlen-Vergleichsring 5

Struktur- und Kennzahlen	Kreis Ostprignitz-Ruppin	LK Anhalt-Zerbst	LK Bernburg	LK Leer	LK Osterode	LK Ostvorpommern	LK Spree-Neiße	LK Uckermark	LK Wernigerode
Ø Einwohnerzahl	108.388	69.524	66.857	164.834	82.114	110.289	138.180	139.801	92.387
Ø Anzahl Bedarfsgemeinschaften pro Monat	9.726	6.068	5.745	7.556	3.885	10.612	10.663	15.083	5.615
Ø Größe der Bedarfsgemeinschaften	1,74	1,78	1,80	1,98	1,92	1,80	1,72	1,84	1,74
Ø Arbeitslosenquote (gesamt)	19,39	16,44	18,42	12,34	13,77	21,54	18,26	23,65	12,63
Ø Arbeitslosenquote SGB II	13,44	10,65	11,05	7,96	9,28	14,91	10,73	16,73	7,22
Ø Eingliederungsquote pro Monat (gesamt)	1,40	1,60	1,74	2,54	1,44	1,61	1,43	1,72	1,88
Ø Eingliederungsquote pro Monat (U25)	1,73	0,86	2,03	2,03	1,32	1,69	1,29	1,77	3,45
Ø Aktivierungsquote pro Monat (gesamt)	15,39	16,22	28,80	14,88	15,39	20,73	18,18	18,84	20,36
Ø Aktivierungsquote pro Monat (U25)	20,59	23,27	37,63	29,48	30,37	16,61	28,06	18,59	23,09
Ø Beschäftigungsquote pro Monat	21,37	27,76	21,71	21,05	24,70	31,19	26,39	21,98	22,74
Ø Quote der monatlich neu ausgesprochenen Sanktionen (gesamt)	0,31	0,72	0,65	0,89	0,64	0,24	0,96	0,23	0,81
Ø Quote der monatlich neu ausgesprochenen Sanktionen (U25)	0,87	0,69	1,42	0,81	1,60	0,64	1,30	0,42	2,73
Ø monatliche Gesamtkosten pro Bedarfsgemeinschaft	1.021,91	958,95	1.077,47	1.081,83	1.085,56	932,08	957,55	1.067,08	979,86
Ø monatliche Kosten für Transferleistungen pro BG	815,53	760,91	789,53	865,58	861,75	780,77	743,25	791,74	783,41
Ø monatliche Kosten der Unterkunft pro BG	255,47	242,02	244,28	271,24	284,99	237,20	239,25	243,47	239,39
Ø monatliche Verwaltungskosten pro BG	77,83	59,58	82,87	125,56	83,23	74,87	60,53	70,51	64,83
Ø monatliche Eingliederungskosten pro eHb	94,12	98,86	142,01	69,42	96,07	123,01	114,45	150,94	97,94

Jahreszahlen-Vergleichsring 6

Struktur- und Kennzahlen	Hochsauerlandkreis	Kreis Nordfriesland	Kreis Schleswig-Flensburg	LK Ammerland	LK Emsland	LK Grafschaft Bentheim	LK Oldenburg	LK Soltau-Fallingb. b.
Ø Einwohnerzahl	276.759	166.814	199.999	115.847	309.990	133.903	125.731	142.678
Ø Anzahl Bedarfsgemeinschaften pro Monat	8.765	6.334	6.994	3.701	8.824	4.141	4.136	6.230
Ø Größe der Bedarfsgemeinschaften	1,89	2,01	1,89	1,90	1,99	2,06	2,07	1,74
Ø Arbeitslosenquote (gesamt)	9,36	10,01	9,65	7,52	7,92	8,44	7,85	10,55
Ø Arbeitslosenquote SGB II	5,54	7,23	5,45	3,94	4,54	5,29	4,02	6,80
Ø Eingliederungsquote pro Monat (gesamt)	2,49	2,68		2,42	2,94	2,65	2,56	
Ø Eingliederungsquote pro Monat (U25)	2,79	2,92		1,87	2,75	2,95	2,27	
Ø Aktivierungsquote pro Monat (gesamt)	10,88	12,50	14,63	8,91	18,64	13,25	13,95	8,91
Ø Aktivierungsquote pro Monat (U25)	12,10	0,00	17,16	7,85	17,59	9,16	17,30	7,06
Ø Beschäftigungsquote pro Monat	27,10	24,81	31,42	55,15	23,93	27,22	28,36	29,76
Ø Quote der monatlich neu ausgesprochenen Sanktionen (gesamt)	1,00	1,05	1,09	1,59	1,40	0,74	1,50	
Ø Quote der monatlich neu ausgesprochenen Sanktionen (U25)	1,66	2,04	1,78	2,43	1,10	1,38	3,15	
Ø monatliche Gesamtkosten pro Bedarfsgemeinschaft	1.071,25	963,84	1.059,12	1.033,39	1.051,20	1.041,44	1046,33	961,62
Ø monatliche Kosten für Transferleistungen pro BG	896,84	792,98	913,69	873,24	805,24	889,36	910,57	817,77
Ø monatliche Kosten der Unterkunft pro BG	298,84	265,19	282,64	325,46	273,17	291,17	318,00	261,77
Ø monatliche Verwaltungskosten pro BG	98,36	95,74	71,36	81,81	92,23	79,23	78,13	79,05
Ø monatliche Eingliederungskosten pro eHb	56,96	53,93	68,96	65,77	70,25	64,47	61,38	47,63

Jahreszahlen-Vergleichsring 7

Struktur- und Kennzahlen	Kreis Daun	Kreis Miesbach	LK Biberach	LK Eichsfeld	LK Fulda	LK Hersfeld-Rotenburg	LK Waldshut	Vogelsberg-kreis
Ø Einwohnerzahl	63.713	95.051	187.138	110.280	219.893	128.517	167.315	115.781
Ø Anzahl Bedarfsgemeinschaften pro Monat	1.719	979	2.348	4.453	6.371	4.124	3.605	3.447
Ø Größe der Bedarfsgemeinschaften	1,97	1,70	2,04	1,80	1,99	1,90	1,96	1,90
Ø Arbeitslosenquote (gesamt)	6,28	5,29	4,17	13,86	6,91	9,38	5,73	8,78
Ø Arbeitslosenquote SGB II	3,63	1,92	1,79	5,43	3,64	6,71	3,69	5,15
Ø Eingliederungsquote pro Monat (gesamt)	2,29	3,57	4,64	0,98	2,50	4,87	2,08	2,79
Ø Eingliederungsquote pro Monat (U25)	2,70	6,63	4,49	0,74	3,12	4,05	3,12	2,11
Ø Aktivierungsquote pro Monat (gesamt)		12,84	19,92	22,06	12,74	15,97	11,73	27,43
Ø Aktivierungsquote pro Monat (U25)		27,44	18,89	23,16	22,54	26,95	18,37	32,26
Ø Beschäftigungsquote pro Monat	21,31	22,81	24,31	18,60	24,20	21,21	26,31	22,84
Ø Quote der monatlich neu ausgesprochenen Sanktionen (gesamt)	0,92	0,59	1,97	0,04	1,32	1,61	1,44	2,11
Ø Quote der monatlich neu ausgesprochenen Sanktionen (U25)	0,86	0,82	1,44	0,18	1,52	3,24	2,23	4,34
Ø monatliche Gesamtkosten pro Bedarfsgemeinschaft	985,13	1.169,84	1.027,48	988,90	1.003,74	1.018,99	1.103,23	1.080,46
Ø monatliche Kosten für Transferleistungen pro BG	844,30	1.015,75	805,27	804,00	813,36	857,11	913,00	893,88
Ø monatliche Kosten der Unterkunft pro BG	260,50	386,49	264,01	188,79	261,46	252,96	292,06	292,71
Ø monatliche Verwaltungskosten pro BG	85,37	79,05	99,23	90,19	90,81	88,10	112,26	96,67
Ø monatliche Eingliederungskosten pro eHb	39,91	61,32	72,54	86,85	72,15	56,14	56,38	89,53

Basiszahlen SGB II – Benchmarking zwischen Optionskommunen

1	Benennung: Definition: Herkunft: Erhebungszeitpunkt:	Einwohner alle zum Stichtag im Bereich der Optionskommune gemeldeten Einwohner mit Erstwohnsitz Landesdatenstatistik/Einwohnermeldeamt 31.12. des Vorjahres; Eingabe im Juni/Juli des darauf folgenden Jahres
2	Benennung: Definition: Herkunft: Erhebungszeitpunkt:	Zivile Erwerbspersonen Zahl aller zivilen Erwerbspersonen im Bereich der Optionskommune (abhängig Angestellte und Selbstständige) Statistik der BA jährlich neue Zahl im Mai; die Zahl wird im Juni eines jeden Jahres eingetragen.
3	Benennung: Definition: Herkunft: Erhebungszeitpunkt:	Zivile Erwerbspersonen (U25) Zahl der abhängig zivilen Erwerbspersonen im Bereich der Optionskommune (U25); Statistik der BA jährlich neue Zahl im Mai; die Zahl wird im Juni eines jeden Jahres eingetragen.
4	Benennung: Definition: Herkunft: Erhebungszeitpunkt:	Bedarfsgemeinschaften alle Fälle im aktuellen Gewährungszeitraum und mit tatsächlicher Auszahlung mit Personen mit realisiertem Anspruch am Stichtag (Zähltag BA); Hinweis: Die Definition wird nicht verändert. Sollte die BA eine Änderung vornehmen (BG werden auch gezählt, wenn ein Anspruch besteht, aber noch keine Auszahlung erfolgt ist), dann wird die Definition auch für dieses Projekt geändert. kommunale Schnittstelle zu X-Sozial: Modul 4; Kennziffer 4.3, Ausprägungen 1, 2, 4 zum Zähltag BA
9	Benennung: Definition: Herkunft: Erhebungszeitpunkt:	erwerbsfähige Hilfebedürftige (eHb) Zahl der im Berichtsmonat stehenden Bezieher von Alg II im Bezug von SGB II-Leistungen kommunale Schnittstelle X-Sozial: Modul 4; Kennziffer 4.5; Bedarfsart 101 oder 201 zum Zähltag BA
10	Benennung: Definition: Herkunft: Erhebungszeitpunkt:	Zugänge aus dem SGB III Zahl der Übertritte aus dem SGB III (nur Einzelpersonen); Hinweis: Es werden die Neuzugänge im Berichtszeitraum gemessen. eigene Erhebung zum Zähltag BA
11	Benennung: Definition: Herkunft: Erhebungszeitpunkt:	eHb (U25) Zahl der Leistungsbezieher unter 25 Jahre im laufenden Bezug nach SGB II kommunale Schnittstelle X-Sozial: Modul 4; Kennziffer 4.5; Bedarfsart 101 oder 201 + Berücksichtigung des Alters zum Zähltag BA
12	Benennung: Definition: Herkunft: Erhebungszeitpunkt:	Integrierte Hilfeempfänger in Ausbildung Zahl der in Ausbildung (alles, was zu einem anerkannten beruflichen Abschluss gehört) Integrierten unter 25 Jahre (abgestellt auf den tatsächlichen Beginn der Ausbildung) eigene Erhebung zum Zähltag BA
13	Benennung: Definition: Herkunft: Erhebungszeitpunkt:	Sozialgeldempfänger Zahl der Bezieher von Sozialgeld im laufenden Bezug nach SGB II kommunale Schnittstelle zu X-Sozial: Modul 4; Kennziffer 4.5; Bedarfsart 102 oder 202 zum Zähltag BA
14	Benennung: Definition: Herkunft: Erhebungszeitpunkt:	Arbeitslose SGB II Zahl der Arbeitslosen nach SGB II (laut Definition der BA [Modul 14]) kommunale Schnittstelle zu X-Sozial: Modul 14; 14.14 eingetragen; 14.15 entweder noch kein Eintrag oder Endedatum liegt nach dem Zähltag zum Zähltag BA

15	Benennung: Definition: Herkunft: Erhebungszeitpunkt:	Arbeitslose SGB II (U25) Zahl der Arbeitslosen unter 25 Jahre nach SGB II (laut Definition der BA [Modul 14]) kommunale Schnittstelle zu X-Sozial: Modul 14; 14.14 eingetragen; 14.15 entweder noch kein Eintrag oder Endedatum liegt nach dem Zähltag + Berücksichtigung Alter zum Zähltag BA
16	Benennung: Definition: Herkunft: Erhebungszeitpunkt:	Maßnahmeteilnehmer Zahl der Teilnehmer von ausgewählten Maßnahmen; Hinweis: Die Spezifizierung erfolgt durch die detaillierte Auswahl der Schlüssel in Kennziffer 13.8 von X-Sozial. Dabei wurden Aktivierungen in den 1. AM nicht mitgezählt, da diese bei den Eingliederungen gezählt werden. kommunale Schnittstelle zu X-Sozial: Modul 13; Kennziffer 13.8; Ausprägungen 151–155; 161–165; 311–315; 321; 322; 330; 340; 410; 411; 420; 431–434; 510–550; 565–568; 582; 583; 590; zum Zähltag BA
17	Benennung: Definition: Herkunft: Erhebungszeitpunkt:	Maßnahmeteilnehmer (U25) Zahl der Teilnehmer U25 von ausgewählten Maßnahmen; Hinweis: Die Spezifizierung erfolgt durch die detaillierte Auswahl der Schlüssel in Kennziffer 13.8 von X-Sozial. Dabei wurden Aktivierungen in den 1. AM nicht mitgezählt, da diese bei den Eingliederungen gezählt werden. kommunale Schnittstelle zu X-Sozial: Modul 13; Kennziffer 13.8; Ausprägungen 151–155; 161–165; 311–315; 321; 322; 330; 340; 410; 411; 420; 431–434; 510–550; 565–568; 582; 583; 590 + Berücksichtigung des Alters zum Zähltag BA
20	Benennung: Definition: Herkunft: Erhebungszeitpunkt:	Aufstocker Zahl der eHb mit Anspruch auf Arbeitslosengeld kommunale Schnittstelle zu X-Sozial: Modul 5; Kennziffer 5.5; Ausprägung 007 zum Zähltag BA
21	Benennung: Definition: Herkunft: Erhebungszeitpunkt:	In den 1. Arbeitsmarkt gewechselte Hilfeempfänger Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, einer geringfügigen Beschäftigung mit mindestens 15 Wochenstunden oder einer Selbstständigkeit. Gezählt werden Fälle, in denen 1. Vermittler (VM), Fallmanager (FM), Persönliche Ansprechpartner (PAP) oder sonstige Beauftragte eine Stelle akquirieren und im direkten Kontakt zwischen dem Kunden, der zur Bewerbung/Vorstellung aufgefordert wurde und dem Arbeitgeber ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis abgeschlossen wird, 2. VM, FM, PAP oder sonstige Beauftragte für einen SGB II-Kunden zielgerichtet eine Stelle akquirieren, die anschließend auch mit dem SGB II-Kunden besetzt wird, 3. VM, FM, PAP oder sonstige Beauftragte den SGB II-Kunden zu eigenen Bemühungen auffordern und es unmittelbar danach zu einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis kommt, 4. der SGB II-Kunde aus Eigeninitiative ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis abgeschlossen hat (der Arbeitgeber wird benannt), soweit zuvor eine Beratung oder ein persönlicher Kontakt zwischen VM, FM, PAP oder sonstigen Beauftragten und dem Kunden stattgefunden hat. 5. unter den Voraussetzungen der Ziffern 1–4 der SGB II-Kunde ein geringfügiges Beschäftigungsverhältnis mit einer Arbeitszeit von mindestens 15 Wochenstunden aufnimmt oder aus dem Hilfebezug ausscheidet. 6. der Kunde eine selbstständige Tätigkeit aufnimmt. eigene Erhebung zum Zähltag BA
22	Benennung: Definition:	In den 1. Arbeitsmarkt gewechselte Hilfeempfänger ohne ergänzende Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, einer geringfügigen Beschäftigung mit mindestens 15 Wochenstunden oder einer Selbstständigkeit ohne ergänzende Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes. Gezählt werden Fälle, in denen 1. Vermittler (VM), Fallmanager (FM), Persönliche Ansprechpartner (PAP) oder sonstige Beauftragte eine Stelle akquirieren und im direkten Kontakt zwischen dem Kunden, der zur Bewerbung/Vorstellung aufgefordert wurde und dem Arbeitgeber ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis abgeschlossen wird, 2. VM, FM, PAP oder sonstige Beauftragte für einen SGB II-Kunden zielgerichtet eine Stelle akquirieren, die anschließend auch mit dem SGB II-Kunden besetzt wird, 3. VM, FM, PAP oder sonstige Beauftragte den SGB II-Kunden zu eigenen Bemühungen auffordern und es

		<p>unmittelbar danach zu einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis kommt,</p> <p>4. der SGB II-Kunde aus Eigeninitiative ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis abgeschlossen hat (der Arbeitgeber wird benannt), soweit zuvor eine Beratung oder ein persönlicher Kontakt zwischen VM, FM, PAP oder sonstigen Beauftragten und dem Kunden stattgefunden hat.</p> <p>5. unter den Voraussetzungen der Ziffern 1–4 der SGB II-Kunde ein geringfügiges Beschäftigungsverhältnis mit einer Arbeitszeit von mindestens 15 Wochenstunden aufnimmt oder aus dem Hilfebezug ausscheidet.</p> <p>6. der Kunde eine selbstständige Tätigkeit aufnimmt.</p> <p>Hinweis: Hier werden die Fälle gezählt, in denen die gesamte Bedarfsgemeinschaft durch den Wechsel in des Hilfebedürftigen in den 1. AM oder Selbstständigkeit keine ergänzenden Leistungen mehr erhält. Außerdem ist diese Kennzahl immer erst mit einem Monat Verzug zu messen. „Ohne ergänzende Leistungen“ bedeutet dabei „ohne passive Leistungen“.</p> <p>eigene Erhebung zum Zähltag BA</p>
23	<p>Benennung:</p> <p>Definition:</p> <p>Herkunft:</p> <p>Erhebungszeitpunkt:</p>	<p>In den 1. Arbeitsmarkt gewechselte Hilfeempfänger mit Eingliederungszuschuss</p> <p>Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, einer geringfügigen Beschäftigung mit mindestens 15 Wochenstunden oder einer Selbstständigkeit mit Eingliederungszuschuss.</p> <p>Gezählt werden Fälle, in denen</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Vermittler (VM), Fallmanager (FM), Persönliche Ansprechpartner (PAP) oder sonstige Beauftragte eine Stelle akquirieren und im direkten Kontakt zwischen dem Kunden, der zur Bewerbung/Vorstellung aufgefordert wurde und dem Arbeitgeber ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis abgeschlossen wird, 2. VM, FM, PAP oder sonstige Beauftragte für einen SGB II-Kunden zielgerichtet eine Stelle akquirieren, die anschließend auch mit dem SGB II-Kunden besetzt wird, 3. VM, FM, PAP oder sonstige Beauftragte den SGB II-Kunden zu eigenen Bemühungen auffordern und es unmittelbar danach zu einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis kommt, 4. der SGB II-Kunde aus Eigeninitiative ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis abgeschlossen hat (der Arbeitgeber wird benannt), soweit zuvor eine Beratung oder ein persönlicher Kontakt zwischen VM, FM, PAP oder sonstigen Beauftragten und dem Kunden stattgefunden hat. 5. unter den Voraussetzungen der Ziffern 1–4 der SGB II-Kunde ein geringfügiges Beschäftigungsverhältnis mit einer Arbeitszeit von mindestens 15 Wochenstunden aufnimmt oder aus dem Hilfebezug ausscheidet. 6. der Kunde eine selbstständige Tätigkeit aufnimmt. <p>eigene Erhebung zum Zähltag BA</p>
24	<p>Benennung:</p> <p>Definition:</p> <p>Herkunft:</p> <p>Erhebungszeitpunkt:</p>	<p>In den 1. Arbeitsmarkt gewechselten Hilfeempfänger (U25)</p> <p>Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, einer geringfügigen Beschäftigung mit mindestens 15 Wochenstunden oder einer Selbstständigkeit (unter 25 Jahre).</p> <p>Gezählt werden Fälle, in denen</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Vermittler (VM), Fallmanager (FM), Persönliche Ansprechpartner (PAP) oder sonstige Beauftragte eine Stelle akquirieren und im direkten Kontakt zwischen dem Kunden, der zur Bewerbung/Vorstellung aufgefordert wurde und dem Arbeitgeber ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis abgeschlossen wird, 2. VM, FM, PAP oder sonstige Beauftragte für einen SGB II-Kunden zielgerichtet eine Stelle akquirieren, die anschließend auch mit dem SGB II-Kunden besetzt wird, 3. VM, FM, PAP oder sonstige Beauftragte den SGB II-Kunden zu eigenen Bemühungen auffordern und es unmittelbar danach zu einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis kommt, 4. der SGB II-Kunde aus Eigeninitiative ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis abgeschlossen hat (der Arbeitgeber wird benannt), soweit zuvor eine Beratung oder ein persönlicher Kontakt zwischen VM, FM, PAP oder sonstigen Beauftragten und dem Kunden stattgefunden hat. 5. unter den Voraussetzungen der Ziffern 1–4 der SGB II-Kunde ein geringfügiges Beschäftigungsverhältnis mit einer Arbeitszeit von mindestens 15 Wochenstunden aufnimmt oder aus dem Hilfebezug ausscheidet. 6. der Kunde eine selbstständige Tätigkeit aufnimmt. <p>eigene Erhebung zum Zähltag BA</p>
25	<p>Benennung:</p> <p>Definition:</p>	<p>In den 1. Arbeitsmarkt gewechselte Hilfeempfänger ohne ergänzende Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes (U25)</p> <p>Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, einer geringfügigen Beschäftigung mit mindestens 15 Wochenstunden oder einer Selbstständigkeit (unter 25 Jahre) ohne ergänzende Leistungen zur Sicherung des</p>

		<p>Lebensunterhaltes. Gezählt werden Fälle, in denen</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Vermittler (VM), Fallmanager (FM), Persönliche Ansprechpartner (PAP) oder sonstige Beauftragte eine Stelle akquirieren und im direkten Kontakt zwischen dem Kunden, der zur Bewerbung/Vorstellung aufgefordert wurde und dem Arbeitgeber ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis abgeschlossen wird, 2. VM, FM, PAP oder sonstige Beauftragte für einen SGB II-Kunden zielgerichtet eine Stelle akquirieren, die anschließend auch mit dem SGB II-Kunden besetzt wird, 3. VM, FM, PAP oder sonstige Beauftragte den SGB II-Kunden zu eigenen Bemühungen auffordern und es unmittelbar danach zu einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis kommt, 4. der SGB II-Kunde aus Eigeninitiative ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis abgeschlossen hat (der Arbeitgeber wird benannt), soweit zuvor eine Beratung oder ein persönlicher Kontakt zwischen VM, FM, PAP oder sonstigen Beauftragten und dem Kunden stattgefunden hat. 5. unter den Voraussetzungen der Ziffern 1–4 der SGB II-Kunde ein geringfügiges Beschäftigungsverhältnis mit einer Arbeitszeit von mindestens 15 Wochenstunden aufnimmt oder aus dem Hilfebezug ausscheidet. 6. der Kunde eine selbstständige Tätigkeit aufnimmt. <p>Herkunft: Erhebungszeitpunkt: eigene Erhebung zum Zähltag BA</p>
26	<p>Benennung: Definition:</p> <p>In den 1. Arbeitsmarkt gewechselte Hilfeempfänger mit Eingliederungszuschuss (U25) Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, einer geringfügigen Beschäftigung mit mindestens 15 Wochenstunden oder einer Selbstständigkeit (unter 25 Jahre) mit Eingliederungszuschuss. Gezählt werden Fälle, in denen</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Vermittler (VM), Fallmanager (FM), Persönliche Ansprechpartner (PAP) oder sonstige Beauftragte eine Stelle akquirieren und im direkten Kontakt zwischen dem Kunden, der zur Bewerbung/Vorstellung aufgefordert wurde und dem Arbeitgeber ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis abgeschlossen wird, 2. VM, FM, PAP oder sonstige Beauftragte für einen SGB II-Kunden zielgerichtet eine Stelle akquirieren, die anschließend auch mit dem SGB II-Kunden besetzt wird, 3. VM, FM, PAP oder sonstige Beauftragte den SGB II-Kunden zu eigenen Bemühungen auffordern und es unmittelbar danach zu einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis kommt, 4. der SGB II-Kunde aus Eigeninitiative ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis abgeschlossen hat (der Arbeitgeber wird benannt), soweit zuvor eine Beratung oder ein persönlicher Kontakt zwischen VM, FM, PAP oder sonstigen Beauftragten und dem Kunden stattgefunden hat. 5. unter den Voraussetzungen der Ziffern 1–4 der SGB II-Kunde ein geringfügiges Beschäftigungsverhältnis mit einer Arbeitszeit von mindestens 15 Wochenstunden aufnimmt oder aus dem Hilfebezug ausscheidet. 6. der Kunde eine selbstständige Tätigkeit aufnimmt. <p>Herkunft: Erhebungszeitpunkt: eigene Erhebung zum Zähltag BA</p>	
27	<p>Benennung: Definition:</p> <p>Hilfeempfänger mit Mini-Job Anzahl der Hilfeempfänger, die eine geringfügige Beschäftigung mit weniger als 15 Wochenstunden im Berichtszeitraum aufgenommen haben. Hilfeempfänger mit mehreren Mini-Jobs dieser Art werden auch mehrfach gezählt. Es werden alle Fälle gezählt, die unter den Voraussetzungen der Definition der Eingliederungsquote zustande gekommen sind.</p> <p>Herkunft: Erhebungszeitpunkt: eigene Erhebung zum Zähltag BA</p>	
28	<p>Benennung: Definition:</p> <p>Hilfeempfänger mit Mini-Job (U25) Anzahl der Hilfeempfänger U25, die eine geringfügige Beschäftigung mit weniger als 15 Wochenstunden im Berichtszeitraum aufgenommen haben. Hilfeempfänger mit mehreren Mini-Jobs dieser Art werden auch mehrfach gezählt. Es werden alle Fälle gezählt, die unter den Voraussetzungen der Definition der Eingliederungsquote zustande gekommen sind.</p> <p>Herkunft: Erhebungszeitpunkt: eigene Erhebung zum Zähltag BA</p>	
29	<p>Benennung: Definition: Herkunft: Erhebungszeitpunkt:</p> <p>Sanktionen Zahl der neu begonnenen Sanktionen kommunale Schnittstelle zu X-Sozial: Modul 8; Kennziffer 8.8 zum Zähltag BA</p>	

30	Benennung: Definition: Herkunft: Erhebungszeitpunkt:	Sanktionen (U25) Zahl der neu begonnenen Sanktionen (U 25) kommunale Schnittstelle zu X-Sozial: Modul 8; Kennziffer 8.8 + Berücksichtigung Alter zum Zähltag BA
31	Benennung: Definition: Herkunft: Erhebungszeitpunkt:	Gesamtausgaben alle Ausgaben für passive und aktive SGB II-Leistungen inkl. Verwaltungskosten (Personal- und Sachkosten für originäre und Optionsaufgaben) abzüglich der anzurechnenden Einnahmen (z. B. Unterhalt, Darlehensrückzahlungen, Kindergeld, Erwerbseinkommen etc.). Hinweis: Landes- und Bundeserstattungen werden nicht abgezogen, d. h. nicht heraus gerechnet! eigene Erhebung zum Monatsende
32	Benennung: Definition: Herkunft: Erhebungszeitpunkt:	Transferleistungen alle Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes einschließlich Sozialversicherungsbeiträge, KdU und einmaligen Leistungen eigene Erhebung zum Monatsende
33	Benennung: Definition: Herkunft: Erhebungszeitpunkt:	KdU Gesamtkosten der Unterkunft nach § 22 SGB II abzüglich der Einnahmen (z. B. Darlehensrückzahlungen etc.) Hinweis: Landes- und Bundeserstattungen werden nicht abgezogen und es werden keine einmaligen Leistungen nach § 22 Abs. III (z. B. Kaution, Umzugskosten) und keine Mietschulden nach § 22 Abs. V berücksichtigt. eigene Erhebung zum Monatsende
34	Benennung: Definition: Herkunft: Erhebungszeitpunkt:	Verwaltungskosten (Personal- und Sachkosten) alle Verwaltungskosten (originäre und Optionsaufgaben) eigene Erhebung zum Monatsende
35	Benennung: Definition: Herkunft: Erhebungszeitpunkt:	Kosten der Eingliederungsmaßnahmen sämtliche Kosten, die im Rahmen der Eingliederung anfallen (ohne Verwaltungskosten) inkl. § 16, Abs II, Satz 2, Nr. 1–4 eigene Erhebung zum Monatsende
36	Benennung: Definition: Herkunft: Erhebungszeitpunkt:	Angerechnete Einkommen angerechnetes Einkommen, Unterhaltsleistungen, sonstige Sozialleistungen kommunale Schnittstelle zu X-Sozial: Modul 7; Kennziffer 7.6 zum Zähltag BA
37	Benennung: Definition: Herkunft: Erhebungszeitpunkt:	Personen mit Einkommen aus Beschäftigung oder selbstständiger Tätigkeit Personen mit Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit oder selbstständiger Tätigkeit Kommunale Schnittstelle zu X-Sozial: Modul 5; Kennziffer 5.5; (Ausprägungen 001 und 003) zum Zähltag BA
38	Benennung: Definition: Herkunft: Erhebungszeitpunkt:	Personen mit Einkommen aus Beschäftigung oder selbstständiger Tätigkeit unter 400 Euro Personen mit Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit oder selbstständiger Tätigkeit in Höhe von 400 Euro und niedriger Kommunale Schnittstelle zu X-Sozial: Modul 5; Kennziffer 5.6 (Betrag) der Fälle mit Kennziffer 5.5; (Ausprägungen 001 und 003) Zum Zähltag BA

Kennzahlen-Set SGB II für Optionskommunen (Stand: 13.6.2006)

Strukturkennzahlen				
Nr.	Name	Berechnungsmethodik in Worten	Mathematische Formel (Bezug Basiszahlen) bzw. Datenquelle	Erhebungs- intervall*
S0	Einwohnerzahl	alle zum Stichtag im Bereich der Optionskommune gemeldeten Einwohner mit Erstwohnsitz	Landesdatenstatistik/ Einwohnermeldeamt	jährlich
S1	Arbeitslosenquote SGB II	Anzahl der Arbeitslosen SGB II geteilt durch die Anzahl aller zivilen Erwerbspersonen	$\text{Nr. 14} * 100 / \text{Nr. 2}$	monatlich
S2	Arbeitslosenquote SGB II (U25)	Anzahl der Arbeitslosen SGB II (U25) geteilt durch die Anzahl aller zivilen Erwerbspersonen (U25)	$\text{Nr. 15} * 100 / \text{Nr. 3}$	monatlich
S3	Arbeitslosenquote eHb	Anzahl der Arbeitslosen SGB II geteilt durch die Anzahl der eHb's	$\text{Nr. 14} * 100 / \text{Nr. 9}$	monatlich
S4	Arbeitslosenquote	Arbeitsmarktbericht der BA; Hinweis: Es handelt sich um die Gesamtarbeitslosenquote (SGB II + III) und diese bezieht sich auf alle zivilen Erwerbspersonen.	BA	monatlich
S5	SGB II-Quote	Summe der eHb's und Sozialgeldempfänger geteilt durch die Einwohnerzahl	$(\text{Nr. 9} + \text{Nr. 13}) * 100 / \text{Nr. 1}$	monatlich
S6	durchschnittliche Größe der Bedarfsgemeinschaften	Summe der eHb's und Sozialgeldempfänger geteilt durch die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften	$(\text{Nr. 9} + \text{Nr. 13}) * 100 / \text{Nr. 4}$	monatlich
S7	Aufstocker-Quote	Anzahl der Aufstocker zum Stichtag (Zähltag BA) geteilt durch die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften	$\text{Nr. 20} * 100 / \text{Nr. 4}$	monatlich

* das Erhebungsintervall ist monatlich, aber der Vergleich erfolgt anhand der Quartalszahlen; die in die Datenbank einzutragenen Monatswerte werden von der Datenbank zu Quartalszahlen errechnet.

Kennzahlen				
Nr.	Name	Berechnungsmethodik in Worten	Mathematische Formel (Bezug Basiszahlen)	Erhebungsintervall*
Aktivierung				
K2	Integrationsquote Berufsausbildung	Anzahl der in Ausbildung (alles, was zu einem anerkannten beruflichen Abschluß gehört) intergrierten eHb zwischen 15–24 Jahren im Verhältnis zu allen eHb zwischen 15–24 Jahre; Hinweis: Es werden die Zugänge gezählt und auf den tatsächlichen Beginn der Ausbildung abgestellt. Damit werden die Mehrzahl der Fälle in den Monaten August/September anfallen. Zu einem anerkannten Abschluss zählen auch schulische Ausbildungen wie z. B. Pflegeberufe etc.	$\text{Nr. 12} * 100 / \text{Nr. 11}$	monatlich
K3	Eingliederungsquote in den 1. Arbeitsmarkt (insgesamt)	Anzahl der in den 1. Arbeitsmarkt gewechselten Hilfeempfänger im Verhältnis zu den eHb's; Hinweis: Der ursprüngliche Nenner (Arbeitslose und Maßnahmeteilnehmer) kann nicht mehr verwendet werden, weil diese beiden Gruppen durch die Neudefinition des Maßnahmebegriffs nicht mehr überschneidungsfrei sind. Dies gilt ebenfalls für die folgenden Kennzahlen bis K10.	$\text{Nr. 21} * 100 / \text{Nr. 9}$	monatlich
K4	davon Eingliederungsquote in den 1. Arbeitsmarkt ohne ergänzende Leistungen SGB II (insgesamt)	Anzahl der in den 1. Arbeitsmarkt gewechselten Hilfeempfänger ohne ergänzende Leistungen SGB II im Verhältnis zu den eHb's; Hinweis: Es handelt sich um eine Zugangszahl im Berichtszeitraum. Es wird auf die passiven Leistungen abgestellt.	$\text{Nr. 22} * 100 / \text{Nr. 9}$	monatlich
K5	davon Eingliederungsquote mit Eingliederungszuschuß (insgesamt)	Anzahl der mit Eingliederungszuschuß gewechselten Hilfeempfänger in den 1. Arbeitsmarkt im Verhältnis zu den eHb's; Hinweis: Es handelt sich um eine Zugangszahl im Berichtszeitraum.	$\text{Nr. 23} * 100 / \text{Nr. 9}$	monatlich
K6	Eingliederungsquote in den 1. Arbeitsmarkt oder Selbstständigkeit (U25)	Anzahl der in den 1. Arbeitsmarkt gewechselten Hilfeempfänger U25 im Verhältnis zu den eHb's (U25); Hinweis: Es handelt sich um eine Zugangszahl im Berichtszeitraum.	$\text{Nr. 24} * 100 / \text{Nr. 11}$	monatlich
K7	davon Eingliederungsquote in den 1. Arbeitsmarkt ohne ergänzende Leistungen SGB II (U25)	Anzahl der in den 1. Arbeitsmarkt gewechselten Hilfeempfänger U25 ohne ergänzende Leistungen SGB II im Verhältnis zu den eHb's (U25); Hinweis: Es handelt sich um eine Zugangszahl im Berichtszeitraum.	$\text{Nr. 25} * 100 / \text{Nr. 11}$	monatlich
K8	davon Eingliederungsquote mit Eingliederungszuschuß (U25)	Anzahl der mit Eingliederungszuschuß gewechselten Hilfeempfänger U25 in den 1. Arbeitsmarkt im Verhältnis zu den eHb's (U25); Hinweis: Es handelt sich um eine Zugangszahl im Berichtszeitraum.	$\text{Nr. 26} * 100 / \text{Nr. 11}$	monatlich
K9	Eingliederungsquote Minijobs	Anzahl der Hilfeempfänger, die in eine geringfügige Beschäftigung mit weniger als 15 Wochenstunden gewechselt sind im Verhältnis zu den eHb's; Hinweis: Ein Hilfeempfänger, der mehrere Mini-Jobs dieser Art hat, wird auch mehrfach gezählt. Es handelt sich um eine Zugangszahl im Berichtszeitraum.	$\text{Nr. 27} * 100 / \text{Nr. 9}$	monatlich
K10	Eingliederungsquote Minijobs (U25)	Anzahl der Hilfeempfänger U25, die in eine geringfügige Beschäftigung mit weniger als 15 Wochenstunden gewechselt sind im Verhältnis zu den eHb's (U25); Hinweis: Ein Hilfeempfänger, der mehrere Mini-Jobs dieser Art hat, wird auch mehrfach gezählt. Es handelt sich um eine Zugangszahl im Berichtszeitraum.	$\text{Nr. 28} * 100 / \text{Nr. 11}$	monatlich

* das Erhebungsintervall ist monatlich, aber der Vergleich erfolgt anhand der Quartalszahlen; die in die Datenbank einzutragenen Monatswerte werden von der Datenbank zu Quartalszahlen errechnet.

Kennzahlen				
Nr.	Name	Berechnungsmethodik in Worten	Mathematische Formel (Bezug Basiszahlen)	Erhebungsintervall*
Aktivierung				
K11	Beschäftigungsquote	Anzahl der Personen mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit und selbstständiger Arbeit im Verhältnis zur Anzahl der eHb; Hinweis: Es handelt sich um eine Bestandszahl zum Stichtag.	$\text{Nr. 37} * 100 / \text{Nr. 9}$	monatlich
K12	Beschäftigungsquote (davon Mini-Jobs)	Anzahl der Personen mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit und selbstständiger Arbeit in Höhe von max. 400 Euro im Verhältnis zur Anzahl der eHb; Hinweis: Es handelt sich um eine Bestandszahl zum Stichtag.	$\text{Nr. 38} * 100 / \text{Nr. 9}$	monatlich
K15	Aktivierungsquote (insgesamt)	Anzahl der Maßnahmeteilnehmer im Verhältnis zu den eHb's; Hinweis: Es handelt sich um eine Bestandszahl zum Stichtag.	$\text{Nr. 16} * 100 / \text{Nr. 9}$	monatlich
K16	Aktivierungsquote (U25)	Anzahl der Maßnahmeteilnehmer U25 im Verhältnis zu den eHb's (U25); Hinweis: Es handelt sich um eine Bestandszahl zum Stichtag.	$\text{Nr. 17} * 100 / \text{Nr. 11}$	monatlich
K17	Sanktionsquote (gesamt)	Zahl der neubegonnenen Sanktionen im Verhältnis zur Anzahl der erwerbsfähigen Hilfeempfänger; Hinweis: Es handelt sich um eine Zugangszahl im Berichtszeitraum.	$\text{Nr. 29} * 100 / \text{Nr. 9}$	monatlich
K18	Sanktionsquote (U25)	Zahl der neubegonnenen Sanktionen U25 im Verhältnis zur Anzahl der erwerbsfähigen Hilfeempfänger U25; Hinweis: Es handelt sich um eine Zugangszahl im Berichtszeitraum.	$\text{Nr. 30} * 100 / \text{Nr. 11}$	monatlich
Wirtschaftlichkeit				
K19	Durchschnittliche Gesamtkosten pro Bedarfsgemeinschaft	alle zum Stichtag tatsächlich getätigten Ausgaben im Verhältnis zur Gesamtzahl der Bedarfsgemeinschaften; weitere Hinweise: siehe Basiszahl	$\text{Nr. 31} / \text{Nr. 4}$	monatlich
K20	Durchschnittliche Transferleistungen pro Bedarfsgemeinschaft	alle zum Stichtag tatsächlich getätigten Transferleistungen im Verhältnis zur Gesamtzahl der Bedarfsgemeinschaften; weitere Hinweise: siehe Basiszahl	$\text{Nr. 32} / \text{Nr. 4}$	monatlich
K21	Durchschnittliche Kosten der Unterkunft pro Bedarfsgemeinschaft	alle zum Stichtag tatsächlich ausgezahlten KdU im Verhältnis zur Gesamtzahl der Bedarfsgemeinschaften (einschließlich derer, die keine KdU erhalten); weitere Hinweise: siehe Basiszahl	$\text{Nr. 33} / \text{Nr. 4}$	monatlich
K22	Durchschnittliche Verwaltungskosten (Personal- und Sachkosten) pro Bedarfsgemeinschaft	alle zum Stichtag angefallenen Verwaltungskosten (Personal- und Sachkosten) im Verhältnis zur Gesamtzahl der Bedarfsgemeinschaften; weitere Hinweise: siehe Basiszahl	$\text{Nr. 34} / \text{Nr. 4}$	monatlich
K23	Durchschnittliche Kosten der Eingliederungsmaßnahmen pro eHb	alle im Quartal angefallenen Kosten für Eingliederungsmaßnahmen im Verhältnis zur Gesamtzahl der eHb's	$\text{Nr. 35} / \text{Nr. 9}$	monatlich
K24	Angerechnetes Einkommen pro Bedarfsgemeinschaft	Summe der angerechneten Einnahmen aller Mitglieder der Bedarfsgemeinschaften im Verhältnis zur Gesamtzahl der Bedarfsgemeinschaften	$\text{Nr. 36} / \text{Nr. 4}$	monatlich

* das Erhebungsintervall ist monatlich, aber der Vergleich erfolgt anhand der Quartalszahlen; die in die Datenbank einzutragenden Monatswerte werden von der Datenbank zu Quartalszahlen errechnet.

Impressum

© Bertelsmann Stiftung

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon 05241 81-0
Fax 05241 81-81999
www.bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich

Yves Michels, Bertelsmann Stiftung

Redaktion

Yves Michels
Heidi Spinner

Lektorat

team 4media&event, München

Art Director

Heike van Meegdenburg, Bertelsmann Stiftung

Gestaltung

Nicole Meyerholz, Bielefeld

Bildnachweis

Veit Mette, Bielefeld

Adresse | Kontakt:

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon 05241 81-0
www.bertelsmann-stiftung.de

Yves Michels

Kompetenzzentrum
Kommunen und Regionen
Telefon 05241 81-81278
Fax 05241 81-681278
E-Mail yves.michels@bertelsmann.de

www.bertelsmann-stiftung.de